

VEREIN AKTIVES MUSEUM

Faschismus und Widerstand in Berlin

Mitgliederrundbrief Nr. 45

Mai 2001



Foto: Wolf Leo

ERICH-NELHANS-AUSSTELLUNG

im Schaufenster Prenzlauer Allee 35

März bis Mai 2001

Geschäfts- und Dokumentationsstelle: Chausseestraße 8, 10115 Berlin
Telefon und FAX 030/2815198

<http://www.aktives-museum.de>; e-mail: info@aktives-museum.de
Konto 610012282 bei der Berliner Sparkasse BLZ 100 500 00

INHALTSVERZEICHNIS

Annette Leo: Eine Gedenktafelsetzung mit Schwierigkeiten – Erich Nelhans	S. 5
Philipp Gessler: Würdigung ausgeblieben, die tageszeitung 16.12.2000	S. 8
Stefanie Flamm: Nelhans war sein Name, FAZ 16.12.2000	S. 9
Stefanie Flamm: Das 'h' in der Suppe, FAZ 3.3.2001	S. 10
Philipp Gessler: Der laute Streit um einen Stillen, die tageszeitung 5.3.2001	S. 12
Bruno Klose: Erinnerungen an Erich Nelhans	S. 15
Christiane Hoss: Max und Rosa – Zu den Namen von Shanghai-Flüchtlingen	S. 18
Matthias Hass: Exil Shanghai 1938-1947: Jüdisches Leben in der Emigration	S. 21
Regine Erichsen: Offener Brief an Mirjam Schmidt u. den Verein Aktives Museum	S. 24
Martin Schönfeld: Ein dichtes Geflecht historischer Schichten (Rezension)	S. 25
Martin Schönfeld: Initiative – Gedenkstätte – Museum (Rezension)	S. 31
Marion Neumann: "Rechtsanwältin auf Umwegen" – Zur Erinnerung an Erna Proskauer	S. 34
Zur Erinnerung an Walter Grab: Der echte und der falsche Affe Moses Mendelssohns	S. 36
Begehung des früheren Zwangsarbeiterlagers Niederschöneweide – Einladung zum Mitgliedergespräch am 27. Juni 2001	S. 39
Ernst Thälmann – Mensch und Mythos – Vortragsabend am 28. Juni 2001	S. 39
Task Force und Zukunftsfonds – Neue Rahmenbedingungen für Erinnerungsarbeit in Deutschland – Vortragsveranstaltung am 14. Mai 2001	S. 40

Redaktion: Martin Schönfeld

Liebe Mitglieder, liebe Freundinnen und Freunde !

Eine Gedenktafelanbringung stellt eigentlich keine großen Probleme dar: Man braucht nur eine Bohrmaschine, starke Dübel, feste Schrauben und schon ist die Tafel an der Wand. Aber das ist nur Theorie. Die Realität ist, wie so oft, sehr viel komplizierter. Im Fall von Erich Nelhans und der für ihn gedachten Gedenktafel in der Prenzlauer Allee 35 im früheren Bezirk Prenzlauer Berg war die Ausgangssituation besonders schwierig, weil weite Teile seiner Biographie im Dunkeln liegen. Deshalb hat der Verein Aktives Museum seit dem Herbst 2000 das Gedenktafelvorhaben für Erich Nelhans engagiert unterstützt. Wir führten in enger Zusammenarbeit mit dem Prenzlauer Berg Museum eine Podiumsdiskussion zur Ehrung von Erich Nelhans durch. Annette Leo erforschte im Auftrag des Vereins Aktives Museum die Biographie von Erich Nelhans. Auf der Grundlage ihrer Recherchen gab der Verein Aktives Museum eine Broschüre über das Leben von Erich Nelhans heraus. Die Ergebnisse der Forschungen von Annette Leo wurden schließlich in den Monaten März bis Mai in einer Schaufenster-Ausstellung direkt am Eingang des Hauses Prenzlauer Allee 35 präsentiert. Dazu mietete der Verein Aktives Museum das leerstehende Ladenlokal an. Genau dort, also an jenem Ort, wo Erich Nelhans von 1945 bis zu seiner Verhaftung im März 1948 gelebt und unermüdlich für die von ihm wiederbegründete Jüdische Gemeinde zu Berlin gewirkt hat, führte der Verein Aktives Museum Ende März ein aufschlussreiches Zeitzeugengespräch durch. Diese Veranstaltung trug wesentlich dazu bei, die Lebensumstände von Erich Nelhans im Versteck während der Jahre 1942 bis 1945 zu erhellen. Diesen spannenden Erinnerungsprozess um die Biographie von Erich Nelhans dokumentiert der Mitgliederrundbrief Nr. 45 in Bild und Text. Von besonderem Interesse sind dabei die sehr persönlichen Erinnerungen des Zeitzeugen Bruno Klose an jene fünf Jahre, die er zusammen mit seiner Familie und mit Erich Nelhans von 1943 bis 1948 verbracht hat.

Das vom Verein Aktives Museum mit erarbeitete Buch *Exil in Shanghai 1938-1947* fand in der Presse ein weitgehend positives Echo. Das Buch ist weiterhin für unsere Mitglieder mit Preisnachlass über die Geschäftsstelle des Vereins Aktives Museum erhältlich.

Unser Mitgliederrundbrief veröffentlicht einen Text von Christiane Hoss über die Namen der Shanghai-Flüchtlinge, der aus Platzgründen nicht im Buch erscheinen konnte. Matthias Hass stellt diesen Band in einer ausführlichen Rezension vor.

Die Ausstellung *Haymatloz – Exil in der Türkei 1933-1945* wurde in den letzten Monaten mit großer positiver Resonanz in Heidelberg, in Osnabrück und in Rheine gezeigt. Zur Zeit ist die Ausstellung *Haymatloz* seit dem 25. April in der Stadt Mörfelden-Walldorf, genau zwischen Mainz und Frankfurt/Main gelegen, zu sehen. Als weitere Ausstellungsstationen schließen sich im Herbst und Winter an: Braunschweig (1. – 30. September 2001), Rendsburg (3. Oktober – 3. November 2001), Köln (5. November – 15. Dezember 2001), Bonn (Januar/Februar 2002) und Münster (Frühjahr 2002). Die aktuellen Daten finden sich auf unserer Homepage unter www.aktives-museum.de.

Der Katalog der Ausstellung *Haymatloz Exil in der Türkei 1933-1945* ist seit Oktober 2000 in zweiter und verbesserter Auflage über das Büro des Vereins Aktives Museum erhältlich.

Die Kontroverse um die türkische Minderheitenpolitik in den 1930er und 1940er Jahren führen wir auch in diesem Rundbrief weiter fort. Allerdings wird Regine Erichsen mit ihrer Antwort an Miriam Schmidt diese Diskussion beenden.

Seit Mitte Februar 2000, also seit mehr als einem Jahr, herrscht nun auf der Baustelle der Stiftung *Topographie des Terrors* Baustopp. Der Rohbau rostet derweil fleißig vor sich hin. Obwohl mittlerweile die Bundesregierung sich bereit erklärt hat, die Hälfte der Baukosten zu tragen, kommt das Projekt immer noch nicht voran. Die Bauverwaltung prüft immer noch die Realisierbarkeit des Vorhabens und zwischen den Kosten-Vorstellungen des Architekten und des verantwortlichen Senators klafft weiterhin eine Lücke von mindestens 20 Millionen Mark. Kürzlich schrieb Gerhard Schoenberger trefflich über das Gestapo-Gelände: "Bekanntlich wurden die stark zerstörten Gebäude in den fünfziger Jahren sämtlich abgerissen, obwohl zumindest eines von ihnen, das Haus der früheren Kunstgewerbeschule, die berühmte Prinz-Albrecht-Straße 8, weniger beschädigt war als das daneben liegende Kunstgewerbemuseum, das wieder aufgebaut wurde. Wäre das Gebäude erhalten worden, hätte es sich als idealer Platz für ein künftiges Museum über diesen Ort angeboten und der Stadt Berlin viel Ärger und Kosten erspart." (GedenkstättenRundbrief Nr. 100, S. 36)

Zwei Rezensionen empfehlen den Leserinnen und Lesern neueste Publikationen zu den Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus und zur gegenwärtigen Gedenkstättenarbeit.

Folgende Veranstaltungen sind für den Mai und Juni geplant: Am 14. Mai ein Vortrag von Thomas Lutz zu den Perspektiven künftiger Gedenkstättenarbeit in Deutschland, am 27. Juni eine Begehung des früheren Zwangsarbeiterlagers in Niederschöneweide und am 28. Juni einen Vortragsabend zu *Ernst Thälmann – Mythos und Mensch* mit Annette Leo, Regina Scheer und Martin Schönfeld. Genaue Termin- und Orts-Angaben finden sich am Ende des Rundbriefes.

Alle Mitglieder, die ihren Mitgliedsbeitrag 2001 noch nicht bezahlt haben, bitten wir, dies recht bald zu tun. Die Beitragshöhe beträgt für Einzelmitglieder DM 100,-, ermäßigt DM 50,- für Rentnerinnen und Rentner, Schülerinnen und Schüler, Studentinnen und Studenten, Zivildienstleistende, sowie DM 300,- für Vereinigungen, ermäßigt DM 150 für Vereine, die nur über geringe Einnahmen verfügen. Natürlich nehmen wir weiterhin gerne Spenden entgegen, beispielsweise für unseren Gedenktafel-Fonds, für unseren Exil-Fonds oder auch für die kontinuierliche Arbeit des Vereins.

Eine Gedenktafelsetzung mit Schwierigkeiten: Erich Nelhans

Im Sommer 2000 fragte Bernt Roder, der Leiter des Prenzlauer Berg Museums, beim Aktiven Museum an, ob der Verein bei der Vorbereitung einer Gedenktafelsetzung, die sich irgendwie schwierig anließ, seine bewährte Unterstützung geben könne. Da Gedenktafeln gewissermaßen unsere Spezialität sind, sagten wir zu, gemeinsam mit dem Prenzlauer Berg Museum eine Podiumsdiskussion zur Person von Erich Nelhans zu veranstalten.

Erich Nelhans war der erste Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde zu Berlin nach 1945. Weil er 1948 vom NKWD verhaftet worden war und seitdem verschwunden blieb, war er in den letzten Jahrzehnten einfach vergessen worden. Weder im Ostteil noch im Westteil der Stadt wurde die Erinnerung an ihn bewahrt. Erst seine Großneffen, Werner und Stefan Rosenthal bemühten sich in den neunziger Jahren um eine öffentliche Erinnerung an ihren verschollenen Verwandten. Ihrer Initiative war es zu verdanken, daß der Bezirk im September 1999 beschloß, eine Gedenktafel an dem letzten Wohnort von Erich Nelhans in der Prenzlauer Allee 35 anzubringen.

Der Bezirk wandte sich an das Aktive Museum, als der Prozeß der Gedenktafelsetzung ins Stocken geraten war, als das Verhältnis zu den Nachkommen von Erich Nelhans sich mehr und mehr zu verschlechtern begann. Warum das so war, läßt sich für uns nur noch schwer rekonstruieren. Offenbar gab es einen Dissens in Bezug auf die Objektivierbarkeit der bisher bekannten Fakten zur Biografie von Nelhans. Bernt Roder jedenfalls wollte in dieser Situation Unterstützung von außen holen und Anstöße zur weiteren Erforschung des Lebens von Erich Nelhans geben, was ja zur Vorbereitung einer öffentlichen Ehrung durchaus geboten schien.

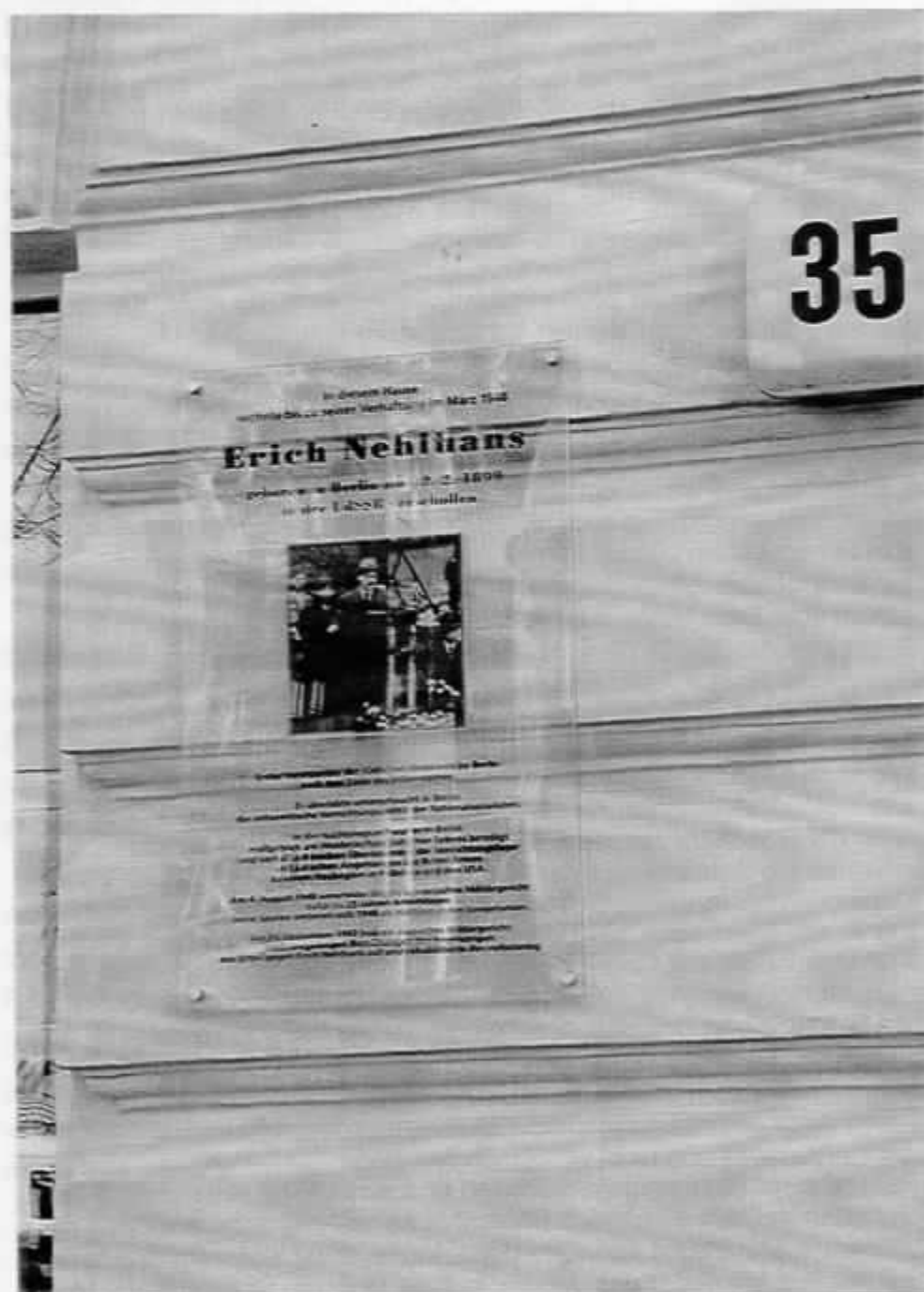
Zur Podiumsdiskussion, die am 14. Dezember 2000 stattfand, gelang es leider nicht, die Angehörigen einzubeziehen. Unsere Einladungen wurden schlicht nicht beantwortet. Die Fronten verhärteten sich weiter. Die TeilnehmerInnen der Diskussion (Norma Drimmer, Jüdische Gemeinde; Ulrike Offenberg, Historikerin; Andreas Förster, Berliner Zeitung; Martin Schönfeld, Aktives Museum) trugen an diesem Abend ihr Wissen um Biografie und Kontext zusammen und benannten auch die weißen Flecken der Lebensgeschichte von Erich Nelhans. Konsens an diesem Abend war, daß Erich Nelhans als einem Opfer doppelter Verfolgung unbedingt eine Gedenktafel gebührt, daß es aber gleichzeitig noch einen großen Forschungsbedarf gibt, um wenigstens einige Rätsel in seinem Leben aufzuklären.

Das Kulturamt Prenzlauer Berg beauftragte darauhin den Verein, begleitend zur Gedenktafelsetzung eine kleine Broschüre über Erich Nelhans zu verfassen. Dadurch gerieten wir mit in den Konflikt zwischen dem Bezirk und den Großneffen von Nelhans, der auch zu diesem Zeitpunkt noch keine erkennbare inhaltliche Kontur hatte und auch später nicht bekommen sollte. Vor allem Werner Rosenthal versuchte auf geradezu groteske Weise die Recherchen zu behindern, den Kontakt zu Zeitzeugen zu blockieren und Veröffentlichungsgenehmigungen der Archive zu hintertreiben. Offenbar sah er sein Deutungsmonopol über die Lebensgeschichte seines Großonkels in Gefahr. Den Bezirksstadtrat Burkhard Kleinert setzte er derart unter Druck, daß der seine Herausgeberschaft für die Broschüre zurücknahm und unser Verein allein übrigblieb. Zuletzt spitzte sich der Konflikt um die Schreibweise des Namens von Nelhans zu. Unser Verein wurde sogar mit einer Klage bedroht. In seiner Geburtsurkunde schrieb sich Nelhans nämlich noch "Nehlhans", während er vor allem nach 1945 das erste "h" aus seinem Namen wegließ und nur noch als "Nelhans" unterzeichnete. Ganz offensichtlich sind beide Schreibweisen legitim und wir entschieden uns für die Version, die Erich Nelhans selbst bevorzugt hatte. Da Werner Rosenthal jedoch mit viel Druck und Dramatik den Bezirksstadtrat letztlich veranlaßte, auf der Gedenktafel die Schreibweise mit "h" zu verwenden, beschlossen wir, in der Broschüre das "h" kursiv einzufügen, weil unsere Position ansonsten kaum noch vermittelbar schien. Trotzdem "verfügte" der Bezirksbürgermeister entgegen allen vorhergehenden Absprachen, daß die Broschüre anlässlich der Gedenktafeleinweihung nicht verteilt werden dürfe.

Er wollte damit Werner Rosenthal maximal entgegenkommen und einen Eklat verhindern. Allerdings vergeblich, wie sich herausstellte, weil nämlich Rosenthal seine Ansprache anlässlich der Enthüllung der Gedenktafel am 1. März 2001 vor allem dazu nutzte, unter anderem den Leiter des Prenzlauer Berg Museums und Mitglieder des Vereins Aktives Museum zu beleidigen. Murren und Buh-Rufe waren die Antwort aus dem Publikum. Eine peinliche Situation, die noch peinlicher wurde angesichts der Indifferenz der Gastgeber von seiten des Bezirks.

Eine Entschuldigung hielt Bürgermeister Lubawinski, trotz unserer Aufforderung, für unnötig. Die jahrelange gute Zusammenarbeit ist dadurch gestört. Ob unser Verein mit dem neuen Großbezirk in Sachen Nelhans oder auf anderen Gebieten künftig kooperieren wird, steht dahin. Doch auf jeden Fall ist die Biografie von Erich Nelhans längst nicht mehr das Privateigentum seiner Nachkommen. Das letzte Zeitzeugengespräch am authentischen Ort sowie zahlreiche Veröffentlichungen in verschiedenen Zeitungen bezeugen, daß sich eine breitere Öffentlichkeit für die Lebensgeschichte des Wiederbegründers der Jüdischen Gemeinde und für die Gründe des jahrzehntelangen Schweigens zu interessieren beginnt.

Annette Leo



Gedenktafel für Erich Nelhans, Prenzlauer Allee 35 - Gedenktafel und Foto: Wolf Leo



Oben: Podiumsdiskussion zur Biographie von Erich Nelhans am 14. Dezember 2000 im Mime-Zentrum Berlin, von links nach rechts: Martin Schönfeld, Norma Drimmer, Annette Leo, Ulrike Offenberg, Andreas Förster

Unten: Norma Drimmer und Annette Leo im Gespräch, rechts Ulrike Offenberg, links Martin Schönfeld. Podiumsdiskussion am 14. Dezember 2000 im Mime-Zentrum Berlin

Fotos: Holger Kupfer

Würdigung ausgeblieben

Historiker fordern öffentliche Ehrung für Erich Nelhans. Der erste Nachkriegsvorsitzende der Jüdischen Gemeinde wurde im NS-Staat verfolgt und starb in sowjetischer Haft

Nachdem er jahrzehntelang nur einem kleinen Kreis von Mitgliedern der jüdischen Gemeinde und unter Fachhistorikern bekannt war, rückt der erste Nachkriegsvorsitzende der Jüdischen Gemeinde jetzt zunehmend in den Blickpunkt der Öffentlichkeit:

Am Donnerstagabend gab es dafür am Ende einer Podiumsdiskussion in Prenzlauer Berg ihm zu Ehren ein sichtbares Zeichen: Überrascht stellten die versammelten Historiker fest, dass sich Erich Nelhans offenbar nur mit einem „h“ schrieb – nicht mit zwei, wie es selbst in der Einladung zur Diskussion hieß. Diese wurde veranstaltet vom „Verein Aktives Museum Faschismus und Widerstand“ sowie vom Kulturamt des Bezirks.

Die verbreitete Unkenntnis von Erich Nelhans' Leben ist umso erstaunlicher, als sein Schicksal besonders tragisch ist: Der ehemalige Besitzer einer

kleinen Druckerei und gläubige Jude konnte in der NS-Zeit in Berlin untertauchen. Knapp den Nazis entronnen, engagierte er sich für die aus den Konzentrationslagern nach Berlin kommenden Überlebenden der Schoah, geriet dabei aber an die Machthaber im sowjetisch besetzten Sektor der Stadt: Anfang August 1948 wurde Nelhans von einem Militärgericht zu 25 Jahren Arbeitslager verurteilt.

Man warf Nelhans antisowjetische Agitation und die illegale Gründung der jüdischen Gemeinde vor. Besonders ins Gewicht aber fiel offenbar, so ergab die Diskussion der Experten, dass er sowjetischen Soldaten jüdischer Herkunft half, in die USA oder nach Palästina auszuwandern. Das Gericht wertete dies als Mithilfe zur Desertion. Wahrscheinlich 1953 starb Nelhans in sowjetischer Haft, erst 1997 wurde er rehabilitiert.

Seit Anfang der Neunzigerjah-

re setzen sich Nelhans' Großneffen für eine öffentliche Ehrung dieser geschichtlichen Gestalt ein. Doch die schon seit Jahren in der Bezirksverordnetenversammlung von Prenzlauer Berg geäußerten Forderungen, Nelhans zumindest mit einer Gedenktafel zu würdigen, blieben bisher ohne Erfolg. Zwar wurde bereits beschlossen, ihn öffentlich zu ehren – doch bisher ist unklar, wie.

Ein Problem ist dabei offensichtlich, dass Gerüchte kursieren, sein Überleben der Nazizeit habe Nelhans unter anderem einer Kollaboration mit der Gestapo zu verdanken – Vorwürfe, für die jedoch nie ein Beweis erbracht wurde. Einhellig forderten deshalb die Historiker eine eingehendere Forschung über Erich Nelhans. Die Publizistin Annette Leo sagte: „Wir brauchen eine gesellschaftliche Auseinandersetzung über Erich Nelhans.“

PHILIPP GESSLER

die tageszeitung 16.12.2000



Diskussion zur Biographie von Erich Nelhans, es spricht Christiane Hoss

Foto: Holger Kupfer

Nelhans war sein Name

Berlin entdeckt allmählich und mühselig den Grundriss seiner Jüdischen Gemeinde nach dem Krieg wieder

Zwei Stunden schon hatten die Dicklauten dem vor langer Zeit Verstorbene[n] Lorbeerkränze geflochten und Asche auf das eigene Haupt gestreut. Zwei Stunden lang hatten sie sich Gedanken gemacht, wie es nur kommen konnte, daß diese grobe und mutige Persönlichkeit derart vergessen werden konnte. Da sagte Ulrike Ofenberger, die einzige quellenkundige Historikerin auf dem Podium, den Satz, der ihr wohl schon den ganzen Abend auf den Lippen lag: Der Mann, von dem hier die Rede sei, heiße Nelhans, nicht Nelhans, wie das Einladungsreiben und die im Minicentrum am Prenzlauer Berg ausgehängten Plakate nahelegten. „Sollte die Bezirksverordnetenversammlung ihm wirklich eine Gedenktafel widmen, würde ich das berücksichtigen.“ Verunsichert begannen daraufhin die anderen Wortführer in den wenigen Akten zu blättern, die es über das Leben dieses Mannes gab, und mußten schließlich beschnitten zugeben: Erich Nelhans, um dessen Platz in der kulturellen Erinnerung der Stadt sie seit ein paar Jahren streiten, hieß Erich Nelhans. Unter anderen Umständen wäre dieser Lapsus nur ein kleines anlassloses Detail in einer mit großem Ernst geführten Debatte gewesen, eine winzige Schlußnote, die die Zuhörer verdrängt in den lauten Dezemberabend entlassen hätte. Im Fall von Erich Nelhans aber läßt dieser Verschieber tief blicken: Offensichtlich ist der Name des Mannes, der schon 1945 auf eigene Initiative und Verantwortung im so-

wjetisch besetzten Teil Berlins die Neugründung einer jüdischen Gemeinde vorangetrieben hat, selbst denen, die ihn aus der Vergessenheit heben wollen, noch nicht besonders geläufig.

Erich Nelhans war es nicht vergönnt, der Jüdischen Gemeinde lange zu dienen. Wegen seiner vermeintlich „antisowjetischen Gesinnung“ wurde er wahrscheinlich im März 1948 (andere Quellen sagen, es war schon 1947) von einem sowjetischen Militärgericht verhaftet und zusammen mit kleineren Funktionsträgern des NS-Regimes zuerst im Speziallager Sachsenhausen interniert, später in die Sowjetunion deportiert. In Ost-Berlin erklärte man ihn deshalb zur Persona non grata, für die im Aufbau befindliche jüdische Gemeinde West-Berlins war sein Schicksal nur eines von vielen. „Wir hatten“, so sagte deren stellvertretende Vorsitzende Norma Drimmer, „in dieser turbulenten Zeit andere Sorgen.“ Nachdem in den stalinistischen Schauprozessen vom Anfang der fünfziger Jahre das antisemitische Ressentiment der Sowjetführung offensichtlich geworden war, kam es 1953 endgültig zur Spaltung der Berliner Gemeinde. Erich Nelhans, der während seiner Tätigkeit in Berlin aufs engste mit westlichen, vor allem amerikanischen Hilfsorganisationen zusammenarbeitet hatte, stand, so darf man vermuten, nun einfach auf der falschen Seite. Er hatte etwa 2000 nach dem Krieg heimatlos gewordene Ostjuden in den amerikanischen Sektor verschafft, da-

mit sie dort als „Displaced persons“, kurz DP, anerkannt wurden und Nahrung, Kleidung und eine Unterkunft bekamen. Vielen hatte er so die Weiterreise nach Palästina ermöglicht. Daß er in diesen Jahren auch über 300 sowjetischen Soldaten jüdischen Glaubens den Weg in den Westen bahnte, wurde ihm zum Verhängnis. Er habe „in moralischer und politischer Hinsicht jähle Sowjetbürger zum Landesverrat“ bewegt, lautete das Urteil. Als es aufgehoben wurde, war Erich Nelhans schon 44 Jahre tot und totgeschwiegen. Anders als Heinz Galinski, die große Vaterfigur der West-Berliner Jüdischen Gemeinde, bekannte der gelehrte Papierhändler Nelhans sich nach dem Krieg zum Zionismus. Er wollte kein Exempel dafür statuieren, daß jüdisches Leben in Deutschland wieder möglich sein würde. Sein Neubeginn war ein Neubeginn auf baute, Gemeinde als Liquidationsgemeinschaft geplant, als mittelfristige Übergangsstation nach Palästina. Diese Ideen paßten in Berlin Anfang der fünfziger Jahre schon niemandem mehr ins Konzept, der eigenen Gemeinde nicht und den nichtjüdischen Deutschen nicht am allerwenigsten. Nelhans war, wie Annette Leo von „Aktiven Museum“ betonte, „ein Opfer beider Systeme“, den im Kalten Krieg keine Seite ohne Gerichtsverfust für sich beanspruchen konnte. Und er war ein Überlebender des Holocaust.

Bis in der Bundesrepublik die Schausucht nach Wiederaneignung der verlorenen deutsch-jüdischen Tradition wuch wargen noch einige Jahrzehnte. Kurz nach dem Krieg weckte ihre bloße Existenz bei den Deutschen das damals noch diffuse Gefühl der Schuld, die Reaktion war ein verhaltener Antisemitismus. „Man wollte“, so Ulrike Ofenberger, „mit ihnen nichts zu tun haben.“ Und wurde Nelhans' Grobhefte Werner Rosenthal die Offenlichkeit im Namen seines ferneren Verwandten nicht seit Jahren mobilisieren, würde den Namen dieses Juden, deren Berliner als einer der ersten ein Angebot gemacht hat, noch immer niemand kennen.

Die ersten, die den zu 25 Jahren Gefängnisstrafe Verurteilten Ende der neunziger Jahre aufs Podest hoben, waren die Opferverbände der stalinistisch Verfolgten. Bei der Jüdischen Gemeinde, um die er sich in den schweren Jahren von 1945 bis 1948 große Verdienste erworben hat, blieb man dagegen lange skeptisch. Rosenthals Bitte, für den Grodonski an der Synagoge in der Oranienburgerstraße eine Gedenktafel anzubringen, wurde mit dem Argument abgelehnt, man wisse über diesen Menschen weiß man über Nelhans sogar noch weniger als wenig. Er wurde, soviel steht fest, 1899 geboren, heiratete eine Rabbiner-tochter und verdiente seinen Lebensunterhalt als Verleger für Glückwunschpostkarten. 1942, ein Jahr bevor seine Frau in ein

Konzentrationslager deportiert wurde, konnte er untertauchen. Wie er sich bis Kriegsende durchgeschlagen hat, ist nicht atekundig. Ein Gerücht, das besagt, er habe mit der Gestapo kollaboriert, konnte bisher weder belegt noch widerlegt werden und sollte deshalb, so Frau Drimmer, die Debatte nicht länger blockieren. Um die Skeptiker in den eigenen Reihen nicht vor den Kopf zu stoßen, favorisiert die Jüdische Gemeinde allerdings immer noch ein solches Vergessen der Bevölkerung in Erinnerung rufen?

Die Mittel, die der bundesdeutschen Gedächtniskultur zur Verfügung stehen, sind nicht eben vielfältig. Man kann Straßen nach bedeutenden Menschen benennen oder Plätze. Man kann an den Häusern ein Denkmal errichten. Seitdem auch Karl Henning vor zwei Jahren in der Bezirksverordnetenversammlung von Prenzlauer Berg – Nelhans' Wohnquartier – das Thema aus Tapet gebracht hat, werden hier sämtliche Möglichkeiten diskutiert. Daß man bisher nicht zu einem tragfähigen Kompromiß gefunden hat, mag den Initiator ärgern. Ein schlechtes Zeichen ist das sicherlich nicht. Denn nirgendwo weiß man besser als in Berlin, daß eine kontrovers geführte Gedenkdiskussion der Beginn jenes öffentlichen Rituals sein kann, in dem eine Gesellschaft sich darauf verpflichtet, wie sie sich ihrer Geschichte stellen möchte.

STEFANIE FLAMM

Das „h“ in der Suppe

Nehlhans oder Nelhans? Das Gedenken an den Wiederbegründer der Jüdischen Gemeinde leidet unter dem Gezänk um Details

Bevor am Donnerstag nachmittag an der Prenzlauer Allee 35 in einer kleinen, aber sehr feierlichen Zeremonie eine Gedenktafel für Erich Nehlhans, den Neugründer der Jüdischen Gemeinde nach dem Zweiten Weltkrieg, enthüllt wurde, hatte der Veranstalter nur eine Sorge: Hoffentlich geht das gut. Hoffentlich halten sich alle am „Gedenkverfahren“ Beteiligten an die vom Bezirksbürgermeister für den Tag der Ehrung dekretierten Regeln, hoffentlich wagt niemand ein böses Wort. Es ging gut. In Anbetracht der Tatsache, daß dieser Ehrung ein würdevoller Fax-Krieg vorausgegangen war, in dem Gerichtsprozesse angedroht und Archive angewiesen worden waren, Akten unter Verschuß zu halten, ging es sogar sehr gut.

Andreas Nachama, der seine Teilnahme von der „engen Zusammenarbeit mit der Familie der Erben“ abhängig gemacht hatte, kam pünktlich um kurz vor fünf Uhr. Und glücklicherweise war die Zahl der interessierten Anwohner trotz der klirrenden Kälte so groß, daß es nicht weiter auffiel, was für ein tiefer Graben durch das Publikum verlief. Die Mitarbeiter des Aktiven Museums, das im Auftrag des Bezirksamtes eine engagierte Broschüre über Leben und Werk des zu Ehrenenden verfaßt hatte, standen mit bitteren Säuren. Minen links von den Festrednern. Die Nehlhans-Erben, die in dieser Broschüre eine Verunglimpfung ihres An-

ken ist, daß in Berlin „in der ersten Stunde nach der Stunde Null“, wie der Festredner Nachama es ausdrückte, wieder jüdisches Leben entstand. Auch innerhalb der ehemaligen Gemeinde von Ost-Berlin, die Nehlhans zu DDR-Zeiten aus ihrer Ahnengalerie gestrichen hatte, bestreift niemand mehr, das dem wahrscheinlich 1953 im GULag Umgekommene das Andenken der Nachwelt gebührt.

Es war ein anderer, ganz nebenächlich wirkender Punkt, an dem die Zeremonie am Donnerstag beinahe gescheitert wäre: Die Schreibweise seines Namens. Weil Erich Nehlhans nach dem Krieg mit Erich Nelhans unterschrieb und sogar sein Gemeindestempel das „h“ in seinem Namen nicht mehr führte, entschieden sich die Herausgeber der Broschüre für letztere Variante. In den Augen der Erben machten sie sich damit der „bewußten Beschädigung“ des Andenkens an „die meist ermordeten Angehörigen der Familie“ schuldig. Auch durch ein nachträglich eingefügtes, freilich kuratortiviertes „h“ waren sie nicht zu besänftigen. Die Empörung über dieses „h“, das man nicht hört und das Nehlhans selbst nicht mehr benutzt hat, war am Donnerstag immer noch so groß, daß dessen Großneffe nicht umhinkonnte, in seinem Redebeitrag darauf hinzuweisen, daß die Verfasser das Gedenken an Erich Nehlhans auf „unverschämte Weise beschmutzt“ hätten.

Nehlhans, der wohl als der Urheber der Varianten angesehen werden muß, hätte wahrscheinlich wenig Verständnis für solch kleinteiliges Gezänk gehabt. Er, der den Krieg als Illegaler in Berlin überlebte, hat im Holocaust seine Frau und alle Verwandten verloren. Die unter seiner Regie schon bald wiedereröffnete Synagoge in der Rykestraße war ihm und seinesgleichen ein neues, wengleich vorübergehendes Zuhause. „Unsere Gemeinde soll eine kleine Heimat für jüdische Menschen sein, bis unsere große Heimat Palästina die Tore öffnet und wir das Land unserer Verheißung betreten“, schrieb er 1946 in der Gemeindezeitung „Der Weg“.

Der überzeugte Zionist brachte in seiner Eigenschaft als Gemeindevorstand heimatlos gewordene Juden aus Osteuropa, darunter auch zahlreiche jüdische Offiziere der Roten Armee, in den amerikanischen Sektor, wo sie als „displaced persons“ anerkannt wurden und auf ihre Weiterreise nach Übersee oder Palästina warteten. Nehlhans selbst hat es nicht mehr in das „Land unserer Verheißung“ geschafft. Als Israel im Mai 1948 gegründet wurde, saß er schon zwei Monate wegen vermeintlich antisowjetischer Machenschaften in Untersuchungshaft. Er war, wie Arno Lustiger schreibt, eines der ersten deutschen Opfer von Stalins antisemitischem Verfolgungswahn, der auf die Satellitenstaaten der Sowjetunion übergriff und 1952 im Stransky-Prozeß seinen traurigen Höhepunkt finden sollte. STEFANIE FLAMM



1. März 2001: Einweihung der Gedenktafel für Erich Nelhans: Der Pankower Bezirksbürgermeister Alexander Lubawinski spricht (oben) und Horst Prentki sorgte für den musikalischen Rahmen (Bild unten)

Fotos: Holger Kupfer

Der laute Streit um einen Stillen

(...)

Von den Nazis verfolgt, von den Sowjets ermordet: Erich Nehlhans, Gründervater der Jüdischen Gemeinde Berlins nach dem Krieg, war Jahrzehnte vergessen. Jetzt wird er öffentlich geehrt - doch die Ehrung wird durch wohl haltlose Gerüchte gestört

Das ist kein guter Ort für ein stilles Gedenken. Am Gründerzeithaus Nr. 35 der Prenzlauer Allee in Pankow wird eine Gedenktafel enthüllt. Da stört der Feierabendverkehr Berlins, der hier laut und stetig stadtauswärts rauscht. Die sanften Klänge des Klarinettenisten, denen etwa 40 Personen zu lauschen versuchen, sind kaum zu hören. Manche der Zuhörer stehen auf dem Fahrradweg - Radfahrer, die sich an ihnen vorbeischlängeln müssen, beschwerten sich lauthals. Auch einige Bewohner des Hauses Nr. 35 schimpfen: "Was'n hier los?", fragen gleich mehrere. Und da stört noch dieser Streit, der auch bei der Feier nicht verstummen will.

Es ist der laute Streit um einen Stillen: um Erich Nehlhans, der hier geehrt werden soll. Er war der erste Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde nach dem Krieg in Berlin. Damit ist er so etwas wie der Gründervater der heute wieder aufblühenden jüdischen Gemeinschaft in der Hauptstadt, in der mit etwa 12.000 Mitgliedern so viele Jüdinnen und Juden wohnen wie nirgendwo sonst in der Bundesrepublik. Und dennoch war Nehlhans Jahrzehnte lang vergessen. Die Stadt tut sich schwer mit diesem Mann, sagt Bezirksbürgermeister Alex Lubawinski (SPD). Denn der schüchterne Herr Nehlhans passt mit seinem Schicksal der vielen Rätsel und Widersprüche nicht in die Raster der Politik in Deutschland: Er wurde verfolgt von den Nazis - doch war er zugleich ihr Kollaborateur? Er wurde ermordet von den Sowjets - weil er ein amerikanischer Spion war?

(...) Zwar ist klar, dass Erich Nehlhans am 12. Februar 1899 mit seinem Zwillingenbruder Arthur als Sohn von Betty und Max Nehlhans geboren wurde. Aber hieß er wirklich Nehlhans, wie die Geburtsurkunde festhielt - oder nicht vielmehr Nelhans, wie er meistens unterschrieb? Das wäre vielleicht belanglos, wenn gerade um diese Frage nicht später ein heftiger Streit entbrannt wäre. Beinahe wäre die Installation einer Gedenktafel für Nehlhans an dieser Frage gescheitert, immerhin die erste deutlich sichtbare Ehrung des Vergessenen in der Öffentlichkeit. Durchgesetzt nach jahrelangen Bemühungen.

Dieser Trubel um Nehlhans ist aber auch deshalb so seltsam, weil sein Leben zumindest in den ersten Jahrzehnten eher unspektakulär verlief: Nehlhans stieg offenbar in den kleinen Postkartenverlag seines Vaters ein - auch wenn schon dies zweifelhaft ist, da Nehlhans später dazu Angaben machte, die fraglich sind. Klar ist, dass er 1934 die sechs Jahre jüngere Rabbinertochter Edith Perlinsky heiratete. Sie war eine lebhaftere Frau, ganz anders als ihr zurückhaltender, sehr frommer Mann. Nehlhans gab später an, unter den Nazis von 1934 bis 1942 Arbeiter gewesen zu sein - ob er als ein Synagogenvorsteher Zwangsarbeit leisten musste, ist unklar. Ebenso wie die Frage, wann seine Frau und er in die Illegalität abtauchten und sich in Berlin vor den Nazis versteckten.

Edith, Zwangsarbeiterin bei Siemens, wurde bei der so genannten Fabrikaktion am 27. Februar 1943 wie die meisten anderen in der Stadt verbliebenen Juden von den Nazis abgeholt und später nach Auschwitz deportiert. Dort wurde sie umgebracht. Ihr Mann entging diesem Schicksal, doch wo er sich verstecken konnte, ist strittig. Er selber machte darüber Angaben, die mit den Erinnerungen von Zeitzeugen nicht in Einklang zu bringen sind. Manches deutet darauf hin, dass er bei einer Prostituierten unterkam, die vielen untergetauchten Juden half - was übrigens nicht so außergewöhnlich war. Unter denen, die versteckten Juden halfen, waren überdurchschnittlich viele Außenseiter der NS-"Volksgemeinschaft": Wer selbst abseits stand, half leichter den Ausgegrenzten.

Wie auch immer: Nehlhans überlebte die Nazidiktatur - 16 Familienangehörige suchte er nach dem Krieg. Die meisten Verwandten waren umgebracht worden. Vielleicht engagierte er sich deshalb unmittelbar nach 1945 wieder für die Gemeinde in der völlig zerbombten Stadt.

Mit anderen überlebenden Juden wurde er beim ersten Stadtkommandanten von Berlin, dem Sowjetgeneral Nikolai Bersarin, vorstellig - er bat um Unterstützung für die versprengten Juden in der Stadt und um Hilfe beim Wiederaufleben ihres religiösen Lebens, was ihm besonders am Herzen lag. Nehlhans kümmerte sich um die jüdischen "displaced persons" (DPs), die versteckt



Foto: Holger Kupfer

1. März 2001: Enthüllung der Gedenktafel für Erich Nehlmann durch den Pankower Bezirksbürgermeister Alexander Lubawinski (links) und Andreas Nachama (Mitte)

oder in Konzentrationslagern den Terror überlebt hatten. Hinzu kamen ab November 1945 Flüchtlinge der Pogrome in Polen. (...)

Hier im sowjetischen Sektor der Stadt amtierte Nehlmann nach Wahlen in der Jüdischen Gemeinde ab Anfang 1948 als erster Vorsitzender. Flüchtlinge, die in die Stadt strömten, erhielten im Sowjetsektor Unterkünfte, Kleidung und Papiere, wurden dann aber in DP-Lager im amerikanischen oder französischen Teil der Stadt weitergeleitet. Da Nehlmann eine Fortexistenz jüdischen Lebens in Deutschland für nicht möglich hielt, setzte er sich für eine Auswanderung möglichst vieler nach Palästina ein. Das aber brachte ihn in Konflikt mit den Sowjets: Nehlmann half auch jüdischen Rotarmisten, in den Westen und von dort ins Gelobte Land zu gelangen. Er statete sie, so die Überlieferung, mit falschen Papieren und Zivilkleidung aus.

Wahrscheinlich am 7. März wurde Nehlmann während einer Geburtstagsfeier bei Freunden vom sowjetischen Geheimdienst NKWD verhaftet. Man brachte ihn in das ehemalige Nazi-Konzentrationslager Sachsenhausen bei Oranienburg nördlich von Berlin. Mittlerweile hatten es die Sowjets in ein Lager für tatsächliche oder mutmaßliche NS-Täter umfunktioniert. Am 4. August 1948 wurde Nehlmann zu 25 Jahren Arbeitslager verurteilt. Er habe "aus feindlicher Gesinnung gegen die Sowjetunion" auf eigene Initiative die Jüdische Gemeinde gegründet, so lautete ein absurder Vorwurf. Etwas verklausuliert aber wird auch der wahre Grund für seine Verurteilung genannt: Im Auftrag der Amerikaner habe er Juden aus der UdSSR und dem entstehenden Ostblock systematisch bei der Ausreise nach Palästina geholfen - als Landesverrat werteten die Sowjetrichter dies.

Nehlmann wurde, so scheint es, Opfer einer der antisemitischen Wellen, die es in der UdSSR der Stalinzeit immer wieder gab. Und offensichtlich machten ihn die Sowjets zugleich zu einer Schachfigur im Kalten Krieg, der mit der Berlin-Blockade seinem ersten Höhepunkt zustrebte. Am 14. Oktober 1948 wurde Nehlmann von Sachsenhausen in das Gefängnis Brest in Weißrussland gebracht. Danach verlieren sich seine Spuren. Wahrscheinlich starb er 1953 in einem sow-

jetischen Lager. Er wurde ein "Opfer des Stalinismus", wie Lubawinski sagt - das erste übrigens, das in Prenzlauer Berg, jetzt ein Teil Pankows, öffentlich geehrt wird, wie der Bezirksbürgermeister bei der Tafelenthüllung an Nehlhans ehemaligem Wohnhaus hinzufügte.

Das könnte auch der Grund dafür sein, warum Nehlhans in der DDR immer mehr dem Vergessen anheim fiel - und nicht nur die Tatsache, dass er keine besonders beeindruckende Persönlichkeit war, wie Gad Beck meint. Der ehemalige Leiter der Jüdischen Volkshochschule wurde von Nehlhans, der Synagogenvorstand war, religiös erzogen. Vom sowjetischen Brudervolk verurteilt und verschleppt, wurde Nehlhans im ostdeutschen Staat offenbar zu einer Person, über die man nicht gern sprach.

Im Westen der Stadt wuchs Heinz Galinski als langjähriger Vorsitzender der entstehenden Westgemeinde und späterer Vorsitzender des Zentralrats der Juden in Deutschland zu einem Übervater heran, der alles bestimmte - während Nehlhans als Übergangsfigur wohl einfach in Vergessenheit geriet. Ein Foto von ihm soll bei einem Umbau des Gemeindezentrums Westberlins in der Fasanenstraße nahe des Kudamms einfach verschwunden sein.

Und dann gibt es noch die Gerüchte, die immer wieder geflüstert werden und die ebenfalls dazu beigetragen haben mögen, dass sich einige in der jüdischen Gemeinde nur ungern an Nehlhans erinnern wollten: Nehlhans, so lauteten die üblen Munkelleien, habe die NS-Zeit nur überleben können, da er mit den Nazis kollaboriert habe. Manch einer kolportiert, dass es diese Gerüchte schon zu Kriegszeiten gegeben habe - doch zitiert werden möchte mit Informationen dieser Art kaum jemand.

Auch der heutige Gemeindevorsitzende Andreas Nachama redet nur unwillig über diese Verdächtigungen: Solche Gerüchte seien "infam", denn damit könne man jeden auch ohne irgendeinen Grund diskreditieren. Die freiberufliche Historikerin Annette Leo, die in einer Broschüre die wenigen bekannten Fakten über Nehlhans zusammengetragen hat, kennt diese Gerüchte. Sie hat aber "nicht die leisesten Anzeichen" gefunden, dass an ihnen etwas dran gewesen sein könnte. Wurden die offenbar haltlosen Munkelleien vom sowjetischen Geheimdienst gestreut, um Nehlhans in seiner eigenen Gemeinde zu diskreditieren und die Solidarität mit dem von den Sowjets Verurteilten damit zu zerstören? Dafür gibt es Nachama zufolge Anzeichen. Doch so oder so: Gerüchte töten.

Wohl auch deshalb sind Werner Rosenthal und sein Bruder Stefan um den Ruf ihres Großonkels und seine Rehabilitierung schon lange bemüht. Bereits seit Mitte der Neunzigerjahre versuchten sie, das Schicksal von Nehlhans aufzudecken. Sie erreichten 1997 bei einem russischen Militärgericht eine vollständige Rehabilitierung ihres Großonkels und drangen schon seit Jahren auf seine öffentliche Ehrung.

Wüst beschimpft Werner Rosenthal jeden, der die Gerüchte, aufgekommen zuletzt bei einer Podiumsdiskussion über Nehlhans im Dezember, auch nur erwähnt. Und wer es wagt, die Frage nach der richtigen Schreibweise von Nehlhans Namen auch nur offen zu lassen, hat mit nicht weniger heftigen Reaktionen zu rechnen. In der Verve seines an sich ehrenwerten Einsatzes für den Verwandten schießt Werner Rosenthal dabei allzu häufig über das Ziel hinaus.

So wäre die Tafelenthüllung beinahe daran gescheitert, dass Werner Rosenthal partout die Schreibweise Nehlhans mit zwei "h" durchsetzen wollte - die Broschüre der Historikerin Leo, die "Nehlhans" mit kursivem "h" schrieb, sollte nach einem Beschluss des Bezirksamts nicht verteilt werden. Werner Rosenthal erging sich in seiner Rede bei der Enthüllung der Tafel in dunklen Andeutungen, dass es ein Interesse gäbe, die Erinnerung an seinen Großonkel zu verhindern oder zu verfälschen: Es herrsche ein "massiv andauernder Gegenwind". Empörtes Murren gab es da bei einigen Gästen der Tafelenthüllung, bei der die Broschüre übrigens dann doch verteilt wurde.

Still dabei stand die ganze Zeit Ralf Joseph, ein 80-jähriger Cousin Nehlhans, der ebenfalls in Berlin versteckt überlebt hat. Sehr warm spricht er über seinen Vetter: Er sei ein ehrenwerter Mann gewesen, der in der DDR "regelrecht verheimlicht" worden sei - "eine furchtbare Zeit". Joseph wirkt deprimiert nach der Enthüllung. Er habe Angst, dass die Tafel nicht lange hängen bleibe, sagt er. Wegen der Neonazis. Und erst jetzt stört der Lärm der Straße nicht mehr. Einen Augenblick lang.

Philipp Gessler, die tageszeitung 5.3.2001



Foto: Martin Schönfeld

28. März 2001: Zeitzeugengespräch im Haus Prenzlauer Allee 35, mit Bruno Klose (rechts) und Gisela Jacobius (links), Moderation Annette Leo (Mitte)

Erinnerungen an Erich Nelhans

Wenn ich heute, nach über 50 Jahren, hier vor Ihnen als Zeitzeuge spreche, so fällt es mir schwer, die richtigen Worte zu finden. Leider ist meine Mutter Frieda Klose am 21. März 2000 gestorben und konnte nicht bei der Einweihung der Gedenktafel für Erich Nelhans teilnehmen. Ich werde nun versuchen, die Vergangenheit in drei Zeitabschnitten darzustellen.

1943 bis 1945

Ende 1943 bin ich aus einem KLV-Lager [Kinderlandverschickung] nach Berlin zurückgekommen. Ich weiß daher nicht, wie sich das Zusammentreffen zwischen meiner Mutter und Erich Nelhans ereignet hat. Wir wohnten in der Elisabethstraße 62 im zweiten Seitenflügel – 1. Obergeschoss. Dort war auch die Kartonfabrik von Herrn Alfred Lindau. Im Parterre waren die Büroräume. In einem Raum, er war etwa 2 x 4 Meter groß, standen ein Bett, ein Tisch und zwei Stühle. Es gab einen Ausguss, jedoch keine Toilette. Als ich Erich Nelhans kennen lernte, saß er im Wohnzimmer und las ein hebräisches Buch. Als ich meine Mutter befragte, sagte sie, es sei Latein. Im Winter kam er öfter in unsere Wohnung, weil es in seiner Kammer keine Heizung gab. Er arbeitete am Tage in der Karton-Fabrik. Meine Mutter kochte für Erich Nelhans und pflegte seine Wäsche. Er hatte auch Lebensmittelkarten. Er ging nie in unseren Luftschutzkeller und meinte, in dem Keller, in dem die Pappe gestapelt war, sei es sicherer. In manchen Nächten war er nicht zu Hause; ich nehme an, dass er sich dann mit anderen Versteckten traf. Als die Bombenangriffe immer stärker wurden, ging er mit meiner Mutter und meinem Bruder, der zu dieser Zeit fünf Jahre alt war, zur U-Bahn-Linie E oder auch zum Flakbunker im Friedrichshain.

Dort geriet er zweimal in eine Kontrolle – doch hatte er Glück, weil sie sich als eine Familie ausgaben. Ich selbst war in dieser Zeit Scharführer der HJ und musste mich bei Voralarm oder auch nach den Angriffen in den Passagen am Alex einfinden. Meine Aufgabe war es, nichtbrennende Häuser in der Nähe von Brandstellen vor dem Übergreifen der Flammen zu bewahren. Wir trugen auch Möbel und Hausrat aus diesen Häusern auf die Straße. Schlimm wurde es Anfang 1945: da mussten wir zusammen mit der Feuerwehr und dem Notdienst – als 15jährige im Einsatz – Verletzte und Tote aus den Kellern bergen.

Nun möchte ich noch einmal auf das Leben von Erich Nelhans zurückkommen; wie muss es ihn getroffen haben, mich in Uniform und mit Hakenkreuzbinde um sich zu haben.

Aber auch ich verstand vieles nicht. Wenn er zum Beispiel freitags eine Zigarre rauchen wollte, bat er mich oder meine Mutter um Feuer; oder wenn er auf die Toilette gehen wollte, sollte ich ihm das Licht einschalten. Auch kochte meine Mutter immer extra für ihn auf dem Küchenherd, nie auf Gas. Er aß auch nie Fleisch. Ich habe erst nach 1945 von ihm erfahren, dass er bemüht war als orthodoxer Jude zu leben. Die einzigen in unserem Haus waren die Nütten und einzelne Mitbewohner, die meine Mutter fragten, wer Nelhans sei. Die Nütten standen immer vor der Tür und wunderten sich, warum Erich Nelhans nur im Dunkeln das Haus verließ. Meine Mutter erklärte ihnen, dass Nelhans ausgebombt sei und in der Karton-Fabrik arbeitete. Auch mir sagte sie nicht, dass Nelhans ein Jude sei – ich sage dazu noch heute "zum Glück". Denn es gab ja genug Hitlerjungen, die ihre eigenen Eltern an die Gestapo verraten haben. Ich weiß nicht, wie ich reagiert hätte – womöglich gäbe es dann die Kloses nicht mehr. Erich Nelhans ließ auch niemanden in seine Kammer. Wenn Mutter zu ihm wollte, schaltete sie den Radioapparat ein, der mit einem zweiten Lautsprecher in seiner Kammer ausgerüstet war.

Am 18. März 1945 wurden auch wir ausgebombt und zogen in die Weinstraße 5 um.

Ich musste als Hitlerjunge noch gegen die Russen kämpfen und wurde am Alexanderplatz gefangen genommen. Auf dem Marsch nach Alt-Landsberg konnte ich fliehen und versteckte mich bei meiner Tante in Marzahn, wo sie eine Laube hatte. Ich konnte dort Zivilsachen anziehen. Als der Beschuss zu Ende war, ging ich nach Berlin zurück, um meine Mutter zu suchen. Als ich in der Weinstraße ankam, fand ich nur noch einen Trümmerhaufen vor. Gegenüber, in einem vollständig zerstörten Haus fand ich eine Tür und klopfte dort, aber niemand meldete sich. Erst als ich den Namen meiner Mutter rief, öffnete sich die Tür und ich hatte sie gefunden. Wir gingen zusammen zur Lottumstraße 7 und fanden die Wohnung meiner Tante Grete unzerstört vor. Meine Tante war mit ihren zwei Söhnen auf einen Bauernhof geflohen. Meine Mutter hatte jedoch den Schlüssel der Wohnung, und so waren wir – Herr Nelhans, meine Mutter, mein Bruder und ich gut untergebracht.

Nachkriegszeit 1945 – 1948

Wir wohnten ungefähr fünf Wochen in der Lottumstraße, dann kam Nelhans und teilte uns mit, dass er eine 5-Zimmer-Wohnung in der Prenzlauer Allee 35 von den Russen zugewiesen bekommen hat. Es war die Wohnung des Kreisleiters der NSDAP Hohmann, der geflüchtet war. Die Wohnung war noch möbliert – sie war zuvor von französischen Fremdarbeitern genutzt worden. Nelhans nahm sich 3 Zimmer, die er als Schlafzimmer, Arbeitszimmer und Wohnzimmer nutzte. Wir bezogen das Berliner Zimmer und einen kleineren Raum mit einer Tür zum Seitenflügel. Die Prenzlauer Allee 35 wurde nun Anlaufpunkt für alle Juden, die die Lager überlebt hatten. Sie wurden in die Synagoge Rykestraße eingewiesen und von dem JOINT [Kurzbezeichnung der Hilfsorganisation American Jewish Joint Distribution Committee] versorgt. Da gab es den ersten Ärger mit der Sowjetischen Kommandantur. Nelhans wurde vorgeladen und einen Tag lang verhört. Wir machten uns Sorgen um ihn. Es ging darum, dass eingewiesene Juden einen Schwarzmarkt mit Zigaretten, Kaffee und anderen Artikeln betrieben. Erich Nelhans bekam den Auftrag, dieses Treiben sofort zu unterbinden, anderenfalls würden sie nach Sachsenhausen gebracht. Nelhans informierte die Juden und sorgte dafür, dass sie nach Schlachtensee in das Lager der Displaced Persons überwechselten. Als die Russen zwei Tage später diese Juden abholen wollten, waren sie nicht mehr in der Rykestraße. Daraufhin wurden in unserer Wohnung in der Prenzlauer Allee 35 die vorderen Zimmer beschlagnahmt und ein Arzt, ein Ma-

vor, ein Chauffeur und ein Dolmetscher der Roten Armee bezogen diese Zimmer. Nelhans musste in der Oranienburger Straße eine neue Anlaufstelle einrichten. Er wurde dort als Präses der Jüdischen Gemeinde gewählt. Nach ungefähr sieben Wochen zogen die Russen wieder aus, und er konnte seine Räume wieder beziehen. Dann bat er uns, die Synagoge, die als SS-Lager benutzt worden war, für den Gottesdienst einzurichten. (Mein Vater war schon im Juli 1945 aus amerikanischer Gefangenschaft entlassen worden.) Wir brauchten zwei Monate, um Bänke und das Podest wieder nutzbar zu machen. Wir mussten alte Nägel und Schrauben gerade klopfen, um sie wieder verwenden zu können. Wir nahmen kein Geld dafür, weil ja auch die Miete für uns bezahlt wurde. Mein Vater stellte im Auftrag von Erich Nelhans auch Schilder für den Jüdischen Friedhof in Weißensee her. Wir bekamen einen Plan und versuchten die Gräber zu kennzeichnen. Auch hatten wir bereits Ende 1945 ein Telefon in der Wohnung. Und das Unglaubliche war, dass Nelhans von den Russen einen Beute-Opel übernahm. Dieser Wagen machte uns viel Sorgen. Wenn Nelhans den Wagen benutzen wollte, mussten wir ihn, bevor wir zur Arbeit gingen, den Berg in der Christburger Straße hinunterschieben, damit der Motor ansprang. Noch schlimmer war es, wenn Nelhans zu Sitzungen oder Versammlungen musste. Ich fuhr dann mit, und wenn Nelhans ausstieg durfte ich den Motor nicht ausgehen lassen: Ich gab manchmal bis zu 45 Minuten lang Gas.

Ab 1946 normalisierte sich das Leben der Gemeinde. Nelhans konnte nun freitags mit Gästen Schabbes (jiddisch für Sabbat) feiern; es kamen Rabbi Riesenburger, Herr Friedländer und auch Mitglieder der Gemeinde. Später waren Offiziere aller Besatzungsmächte anwesend. In der Danziger Straße wurde der erste koschere Schlächterladen eröffnet, wo nur unter Beisein des Rabbi geschlachtet wurde. In der Oranienburger Straße fanden Beschneidungen statt. Das Krankenhaus wurde zum Teil wieder nutzbar gemacht, auch fanden in der Rykestraße nun wieder Gottesdienste statt und das Laubhüttenfest wurde gefeiert. Mein Vater und ich hatten dazu die Laubhütte aufgebaut. Nelhans war Tag und Nacht unterwegs, und der 24-Studentag war für ihn keine Seltenheit. Nelhans war auch als Treuhänder der Prenzlauer Allee 35 eingesetzt, und meine Mutter war nun seine Wirtschafterin. Sie kassierte die Mieten ein, übernahm den Telefondienst, sie war "Mädchen für alles". Mein Vater und ich gingen unserer Arbeit nach.

Um sich ein eigenes Leben aufzubauen, wollte Erich Nelhans 1948 nicht mehr als Präses der Jüdischen Gemeinde kandidieren. Das war, wie wir heute wissen, sein größter Irrtum. Er war nun keine öffentliche Person mehr. Schon Ende 1947 wurde mein Vater vom sowjetischen Geheimdienst (NKWD) als Spitzel eingesetzt; er sollte die Namen der Offiziere und die der anderen Gäste von Nelhans in der Wohnung Prenzlauer Allee 35 ausspionieren. Mein Vater unterrichtete Nelhans, der darüber lachte, denn er war sich sicher, dass die westlichen Mächte auf seiner Seite standen. Das war sein zweiter Irrtum. Mein Vater bekam von Nelhans Berichte, die er dem NKWD lieferte. Auch hatte er im Westen für sich und unsere Familie ein Haus in Aussicht. Meine Mutter sollte Wirtschafterin, mein Vater Hausmeister und ich nach meiner Lehre Chauffeur werden. Nelhans war immer bereit, sich der Verhaftung zu entziehen. Darum musste in der Tür zum Seitenflügel immer der Schlüssel stecken bleiben. Allerdings kam er nicht mehr dazu. Als er Anfang März 1948 eines abends nach Hause kam, und er den Mantel auszog, klingelte es an der Tür. Als er öffnete, standen ihm zwei Soldaten mit MP und ein Major gegenüber und erklärten ihn für verhaftet. Die Wohnung wurde durchsucht, und Nelhans sowie mein Vater wurden zur Kommandantur gebracht. Mein Vater wurde gegen Mitternacht entlassen, weil er ja ein angeblicher Spitzel des sowjetischen Geheimdienstes war. Sie wussten ja nicht, dass Nelhans ihm die Berichte diktiert hatte. Wir haben noch am selben Abend versucht, die Amerikaner und Engländer zu unterrichten. Diese nahmen unser Telefonat zur Kenntnis und versprachen einzugreifen. Doch es geschah nichts. Meine Mutter wurde aufgefordert, Wäsche und Toilettenartikel zur Kommandantur zu bringen; doch hatte sie ihn nicht mehr wiedergesehen. Mein Vater hatte über den Geheimdienst versucht, etwas über Nelhans zu erfahren. Doch auch er erreichte nichts. Zwei Tage später wurden die drei Zimmer von Erich Nelhans ausgeräumt. Der hintere Teil der Wohnung wurde zugemauert, und meine Eltern lebten bis 1980 dort.

Wenn wir Berichte in der Presse und später im Fernsehen verfolgten, die etwas mit der Jüdischen Gemeinde zu tun hatten, waren wir traurig. Als die Feier zum 50jährigen Bestehen der

Gemeinde begangen wurde, tauchte immer nur der Name Galinski auf. Der eigentliche Wiederbegründer der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, Erich Nelhans, wurde nie erwähnt, die Jahre 1945 bis 1948 wurden nicht gewürdigt. Ich habe im Fernsehen die Vorlesung von Inge Deutschkron gehört, die darin zum Schluss mehrere Namen verlas, Namen von Personen, die sie versteckt hatten, so dass sie überlebte. Inge Deutschkron bedauerte, dass manche Personen keine Anerkennung erhalten haben. So erging es auch meinen Eltern; mein Vater starb 1997, meine Mutter im Jahr 2000. [...] Meine Eltern [...] sagten, wenn die gleiche Situation auf sie zukäme, würden sie das Gleiche noch einmal tun, ohne an Belohnung oder Anerkennung zu denken.

Das wichtigste Wort, das ich nie vergessen werde, das ich von Erich Nelhans lernte, heisst **Schalom**.

Bruno Klose

<p>Meldner Charlotte Hebamme N 58 Danziger Str 66 42 76 98</p> <p>Nelhans Erich Vorsitzender des Vorstandes der Jüdischen Ge- meinde NO 55 Prenzlauer Allee 35 51 43 38</p> <p>Nelhans Heinz Tierheilprakt. Hundepr. N 65 Schönwalder Str</p>

aus dem Amtlichen Fernsprechbuch für Berlin 1948, S. 262

Max und Rosa

Zu den Namen von Shanghai-Flüchtlingen

Im Politischen Archiv des Auswärtigen Amts (PAAA) gibt es 14 Bände mit Meldungen aus Shanghai von neu angekommenen Flüchtlingen.¹ Auf ihnen sind die persönlichen Daten von insgesamt 5.546 Personen erhalten, die in der Zeit vom Herbst 1938 bis zum Spätsommer 1939 in Shanghai eintrafen und sich, wie es vorgeschrieben war, beim Generalkonsulat anmeldeten. Diese Verpflichtung bestand für alle ab dem 15. Lebensjahr, Kinder und Jugendliche unter 15 sind daher in diesem Bestand nur in den sehr seltenen Fällen erhalten, in denen sie ohne die Eltern nach Shanghai kamen und daher mit eigenem Pass reisten. Zu der Altersstruktur, den Familien, der geographischen Herkunft und den Berufen habe ich in unserem Buch „Exil Shanghai“ einen Artikel geschrieben. Ein Absatz über die Namen der Shanghai-Flüchtlinge aus Mitteleuropa konnte in dem Buch aus Platzmangel nicht erscheinen. Es scheint mir aber nicht uninteressant, die Vornamensgebung in dieser Gruppe in dem Zeitraum von 1850 (Geburtsjahr der Ältesten) und 1923 zu beschreiben. Auch eine Übersicht über gebräuchliche und ungewöhnliche Familiennamen der Shanghai-Flüchtlinge wäre sicher interessant, aber nach Vorschriften des

¹ Referat Deutschland, Jüdische Emigranten in Shanghai, Pässe, R 98713-98725 und Pass für Juden in China, R 99631 (auch dieser Band enthält nur Anmeldungen aus Shanghai). Die Bände sind als Mikrofiche erhältlich.

Bundesarchivgesetzes ist es mir nicht erlaubt, die Familiennamen zu nennen. Nur den Fall eines *Bankpensionisten* aus Wien, geboren 1881, möchte ich erwähnen, denn er war der einzige Shanghai-Flüchtling von Adel, er hieß *N. Edler von H.*

Bei der Betrachtung der Vornamen habe ich die *Deutschblütigen* unter den Shanghai-Flüchtlingen weggelassen. Auffällig war, wie viele der *deutschblütigen* Frauen (7,3 %) Maria hießen, bei den übrigen ein sehr seltener Vorname (nur 0,7 % hießen Maria). Der Name klang, vor allem in katholischen Gegenden, wohl allzu christlich. Einige wenige Vornamen der als *Jüdinnen/Juden* Gemeldeten konnte ich nicht einordnen.¹ Ich möchte mit diesem kurzen Artikel zeigen, dass auch Quellen, die nicht mehr als Namen und persönliche Daten verzeichnen, von Interesse sein können.

In der Gruppe der älteren Frauen (151, bis Geburtsjahrgang 1879) ist der häufigste Vorname Rosa (9), es folgen Regina (6),² Gertrud (5), Paula/ine (5), Adele, Bertha, Margarethe, Jette, Selma, Therese (je 4). Andere allgemein gebräuchliche Namen kommen ein- bis zweimal vor. Die Eltern einer Natalie haben wohl die Bedeutung des Namens nicht gekannt.³ Nur zwölf Frauen hatten hebräische Vornamen, darunter sechs bei Christinnen seltene wie Sara (3), Debora, Judith, Rahel (je 1), die übrigen solche wie Anna, Eva, Elisabeth oder Johanna. Nur sechs Frauen hatten jiddische Vornamen: Gittel (2), Malka, Ricka, Sprinze, Veilchen. Der Blumenname der Rose ist im Jiddischen in verschiedenen Formen gebräuchlich, vielleicht kommt deshalb Rosa hier so oft vor. Bis auf diese wenigen Ausnahmen hatten also alle Namen, die in Deutschland/Österreich allgemein gebräuchlich waren, ursprünglich die des christlichen Heiligenkalenders.

Bei den älteren Männern (167) sind die häufigsten Vornamen Max (12), Julius (7)⁴, Salomon (7, davon 3 in der Kurzform Sally), Hermann, Samuel (je 6), Leopold, Ludwig (je 5), Adolf, Bernhard, Ernst, Leo, Moritz⁵, Rudolf, Siegfried (je 4). Hebräische Namen hatten insgesamt 27 Männer, davon waren Salomon (7), Samuel (6), Abraham (3), David (2), Isaak (1), Nathan (1) und Saul (1) bei Christen weniger gebräuchlich. Die übrigen hebräischen Vornamen wie Joseph und Jakob waren auch bei Christen häufig. Jiddische Vornamen waren selten: Heimann, Herz, Leib, Mordko, Schaje, Schulin, Wolf (je 1). Vier Männer hatten englische Vornamen: George, James (2), Harry. Ein Leonidas (Jahrgang 1875) wurde in Moskau geboren, hieß dort wohl Leonid und wählte erst nach seinem Umzug nach Berlin die griechische Namensform. Ein weiterer russischer Name, Feodor, kommt vor, dieser Mann wurde in Aachen geboren. Fast alle Männer haben also *deutsche* Vornamen, d.h. die deutsche Form von Namen, die im christlichen Heiligenkalender stehen. Dort steht auch, zwei Mal, als Kirchenvater (I. von Sevilla) und als Patron der Bauern (I. von Madrid) der heilige Isidor. Zwei Männer hießen Isidor. Warum Juden einen Sohn nach einem judenfeindlichen Kirchenvater benannten oder einem Bauernpatron, weiß ich nicht, der Anklang an Israel mag mitgespielt haben.

Bei den Frauen mittleren Alters (1368, Geburtsjahrgänge 1880-1909) ist der häufigste Vorname Margarethe/Margret (56). Es folgen Elsa/e (49), Erna (48), Gertrud (43), Friederike/Frieda (41), Hilde/gard (37), Rosa (36), Paula/ine (35), Amalie (33), Bertha (31), Helene (29) Charlotte (27) Johanna, Katharina (je 26). 108 Frauen hatten hebräische Vornamen, davon 88 übliche wie Martha oder Elisabeth, die übrigen 20 weniger übliche (Debora, Dina, Esther, Lea, Rahel, Zipora). 48 Frauen hatten jiddische Vornamen, die verschiedenen Formen von Rifka (8) sind dabei

¹ Frauen: Jodviza, Roehhe, Tyle, Walla, Witja, Zisha Männer: Manie, Oisie, Uscher, Jonelt, Miksa.

² Möglicherweise gewählt als Übersetzung von Malka/e.

³ Natalis dies: Geburtstag [Jesu], Weihnachten.

⁴ Wurde wegen des Anklangs an Joel gewählt, der dann der entsprechende hebräische Vorname war. Ein hebräisches Äquivalent zu dem so beliebten Max ist mir nicht bekannt.

⁵ Moritz wurde wegen des Anklangs an Moses gewählt, der Vorname wurde bald als *jüdisch* angesehen. Ein angesehener Berliner Jude, der seinen Vornamen *Moritz* in *Max* änderte, machte sich dadurch zur Zielscheibe des Spotts, den er vermeiden wollte. Er wurde nur noch *Max und Moritz* genannt. Dass Max auch sonst als Ersatzname für Moritz gewählt wurde und deshalb hier und auch bei den mittleren Jahrgängen die Spitzenstellung hat, ist möglich.

am häufigsten.¹ Eine Recha wurde wahrscheinlich, eine Sittah sicher nach der Bühnenfigur aus *Nathan der Weise* genannt. In dieser Altersgruppe finden sich auch polnische und ungarische Vornamen. Eine Frau, geboren in Przemysl, hieß Zlata.² Acht Frauen hatten ungarische Vornamen,³ sie alle waren in Ungarn geboren. Auch ihre Geburtsnamen sind dem Ungarischen angepasst (Weisz) oder es sind ungarische Namen. 1203 der Frauen hatten die üblichen *deutschen* Vornamen.

Bei den Männern mittleren Alters (2628) war der beliebteste Vorname wie bei den älteren Max (118). Es folgen Friedrich/Fritz (112), Alfred (93), Ernst (81), Hans (79), Walter (74) Wilhelm/Willy (73), Josef (62), Paul, Siegfried (je 61). Julius (54) und Bernhard (24) hatten gegenüber der Gruppe der Älteren an Beliebtheit verloren, Martin (44) war häufiger als Moritz (33). Isidor (17) war seltener geworden. 248 Männer hatten hebräische Vornamen, davon 103 allgemein gebräuchliche wie Josef und Michael. Bei den weniger gebräuchlichen ist Salomon (36) der häufigste, er kommt allerdings nur zwölf Mal in der Langform vor, die übrigen hießen Salo oder Sally. Abraham (14), Isaak/Isack (11), Chaim (8) und Nathan (7) sind die nächsthäufigsten. Der Name Saul kommt einmal in dieser Form vor, ein weiteres Mal in der polnischen (Szol). 57 Männer hatten jiddische Namen.⁴ In dieser Altersgruppe kommen auch bei den Männern polnische und ungarische Namensformen vor wie Maurycy, oder Bela.⁵ Die übrigen 2301 Männer hatten in Deutschland/Österreich allgemein übliche Vornamen.

In der Gruppe der jungen Frauen (Geburtsjahrgang ab 1910, 423) ist der häufigste Vorname Edith (27), danach Hilde/gard (17), Gerda (15), Margot, Elisabeth, Eva (je 13), Ingeborg, Herta (je 11). 52 junge Frauen hatten hebräische Namen, aber nur zwei davon weniger gebräuchliche (Rahel, Mirjam). Polnische oder ungarische Namensformen kommen nicht mehr vor. Zwei Frauen hatten jiddische Namen.⁶ In dieser Altersgruppe hatten also nur noch vier Frauen (0,94 %) einen Vornamen, der sie als Jüdinnen erkennbar machte.

Bei den jungen Männern (635) ist der häufigste Name Heinrich/Heinz (50), dann folgen Hans (42), Friedrich/Fritz (39), Kurt (36), Max (21), Erich, Ernst (je 20), Gerhard/Gerd, Günter (je 18), Walter, Werner (je 16). Hebräische Namen (30) wurden auch bei ihnen seltener, von bei Christen weniger gebräuchlichen kommt nur noch Salomon (6, davon 4 Sally) vor. Auffällig ist der Rückgang bei Siegfried (6), Julius (7) und Moritz (3). Isidor kommt gar nicht mehr vor, auch keine polnischen oder ungarischen Namensformen. Bei den jungen Männern haben, wenn man auch Julius und Moritz mitzählt, nur noch 19 (3 %) einen Namen, der von anderen als *jüdischer* Vorname angesehen wurde und nur die 6 Salomon/Sally (0,94 %) einen, der wirklich ein jüdischer Vorname ist.

An den Vornamen der Shanghai-Flüchtlinge lässt sich der Prozess der Angleichung an die christliche bzw. christlich geprägte Umwelt gut ablesen. Aber man kann auch die Grenzen erkennen: Maria ist selten, Christian, Christine/Christiane kommen nicht vor.

Max und Rosa, Margarethe und Fritz, Edith und Heinz: Das waren die häufigsten Namen der Shanghai-Flüchtlinge.

¹ Beila, Chaje, Chane, Dvora, Eitel, Freide, Frimmet, Gittel, Kajle, Malke, Nachla, Pesie, Rechel, Rifka, Riza, Ruchel, Scheindl, Schewa, Sime, einige davon mehrere Male. Einige der Namen sind zwar hebräische, in der hier vorkommenden Form habe ich sie aber unter den jiddischen eingeordnet.

² Ich weiß nicht, ob der Vorname in Polen üblich ist, mir scheint er die Übersetzung von *Golde* zu sein.

³ Eitel, Ilka, Irian, Jolan.

⁴ Beer, Benaja, Berl, Binem, Elkan, Feiwei, Hersch, Herz, Heyman, Ine, Itzig, Jadik, Jankiel, Josel, Kalman, Lazar, Leib, Liebmann, Mayer, Mendel, Moisiej, Nachim, Pinkas, Schmul, Schulin, Singel, Symche, Wolf. Einige davon kommen mehrere Male vor. Es sind hebräische Namen dabei, aber in dieser Form rechne ich sie zu den jiddischen. In dieser Altersgruppe rechne ich *Wolf* noch zu den jiddischen Namen, weil - im Gegensatz zu der der jüngeren - *Wolfgang* noch nicht vorkommt.

⁵ Polnisch außerdem noch: Henryk, ungarisch: Elemer, Geza, Lajos, Zoltan.

⁶ Risa, Tauby.

Hört auf, sie immer Miriam
 Und Rachel und Sulamith
 Und Aron und David zu nennen
 In euren Trauerworten!
 Sie haben auch Anna geheißen
 Und Maria und Margarethe
 Und Helmut und Siegfried:
 Sie haben geheißen, wie ihr heißt.¹

Glücklicherweise kann ich diese Strophe von Erich Fried, der von den Toten spricht, verändern in: Sie heißen, wie wir heißen (wenn auch nicht gerade wie ich). Denn trotz schwieriger Lebensbedingungen sind die meisten Shanghai-Flüchtlinge außer den sehr alten am Leben geblieben. Die als junge Leute, als Kinder nach Shanghai kamen oder dort geboren wurden, leben noch. Einige von ihnen haben vor fünf Jahren die Shanghai-Gruppe im Verein Aktives Museum gegründet und uns ihre Geschichten erzählt. Aus ihren Sammlungen von Dokumenten, Fotos und Objekten wurde die Ausstellung *Leben im Wartesaal, Exil in Shanghai 1938–1947* zusammengestellt. Sie haben mit uns die Tagung im August 1997 organisiert. Ohne sie wäre das alles und auch das Buch *Exil Shanghai* nicht entstanden. Wir danken ihnen für ihre Beharrlichkeit, für ihre Bereitschaft, Neues, ihnen bisher Unbekanntes, zu akzeptieren und mit ihren Erfahrungen zu verknüpfen. Wir danken Martin, Renate, Peter, Bernd, Sonja, Genia (1999 gestorben) und Günter.²

Christiane Hoss

Exil Shanghai 1938-1947: Jüdisches Leben in der Emigration

Georg Armbrüster, Michael Kohlstruck, Sonja Mühlberger (Hrsg.)

Schriftenreihe des Aktiven Museums Berlin in Zusammenarbeit mit dem Leo-Baeck-Institut London

Während des Nationalsozialismus fanden zwischen 1938 und 1947 ungefähr 18.000 Menschen Zuflucht in Shanghai. Am 27. August 1997 jährte sich zum 50. Mal die Wiederkehr von 300 jüdischen Exilanten aus Shanghai nach Berlin. Aus diesem Anlass fand im Begleitprogramm zur Ausstellung des Jüdischen Museum im Stadtmuseum Berlin und des Vereins Aktives Museum „Leben im Wartesaal. Exil in Shanghai 1938-1947“ im Martin-Gropius-Bau im August 1997 ein Symposium in Berlin statt, das vom Verein Aktives Museum organisiert wurde.

Jetzt ist in der Schriftenreihe des Aktiven Museums das von Georg Armbrüster, Michael Kohlstruck und Sonja Mühlberger herausgegebene Buch „Exil Shanghai 1938-1947: Jüdisches Leben in der Emigration“ erschienen. Der vom Leo Baeck Institut London unterstützte Sammelband enthält Berichte des Symposiums ergänzt durch neue Forschungsbeiträge zu diesem Kapitel der Exilgeschichte.

Shanghai ist trotz des zunehmenden Interesses an der Geschichte des Exils und an Lebensgeschichten aus dem Exil nach wie vor eines der unbekannteren Fluchtziele. Der vorliegende Sammelband schließt diese Lücke und gibt einen guten Ein- und Überblick über verschiedene Aspekte der Flucht nach und des Lebens in Shanghai. Ergänzend dazu werden weitere historische Zusammenhänge geliefert. So beschäftigt sich der Beitrag von Barbara Geldermann

¹ Erich Fried, *Diese Toten*, 1. Strophe, zit.n. *Juden in Treptow*, hrsg. vom Kulturbund e.V., Berlin Treptow, Berlin 1993. Es fehlte mir die Zeit, die Werke Erich Frieds durchzugehen, ich bitte die Zitierweise zu entschuldigen.

² Mit vollem Namen Martin Beutler, Renate Guschke, Peter Konicki, Bernd Kurzweg, Sonja Mühlberger, Genia Nobel, Günter Nobel.

„Shanghai City of Immigrants. Shanghai und die Gründer der ersten jüdischen Gemeinde, die bagdadischen Juden“ mit den Anfängen jüdischen Lebens in Shanghai und die Reaktionen der alteingesessenen jüdischen Gemeinde auf die vielen europäischen Flüchtlinge. Astrid Freyisen beschreibt „Das Verhältnis zwischen alteingesessenen und vertriebenen jüdischen Deutschen in Shanghai.“ Neben den jüdischen Flüchtlingen gab es noch 2000 alteingesessene Deutsche, zumeist Kaufleute. 1934 gab es die Gründung einer Auslandsorganisation der NSDAP, die nach anfänglichen Schwierigkeiten versuchte, das Leben der Auslandsdeutschen gleichzuschalten und nach den rassistischen Kriterien des Nationalsozialismus auszurichten. Im kosmopolitischen Shanghai stießen die Bestrebungen der NSDAP jedoch immer wieder an ihrer Grenzen. So gab es trotz Verbots doch immer wieder Kontakte zwischen jüdischen Flüchtlingen und Reichsdeutschen.

Gerhard Krebs beschreibt „Antisemitismus und Judenpolitik der Japaner“. Er gibt einen guten Überblick über die japanische Politik gegenüber den Juden und den jüdischen Flüchtlingen in den 40er Jahren. Seit der japanischen Invasion in China in den 30er Jahren war Japan die herrschende Macht in Shanghai. Dass Shanghai lange ein letzter Fluchtpunkt auch für mittellose jüdische Flüchtlinge wurde, lag auch daran, dass die Japaner nicht dem Drängen der verbündeten Deutschen nachgaben, restriktivere antisemitische Maßnahmen zu treffen. Es gab für die Japaner offensichtlich keine Notwendigkeit eine konsistente Politik zu verfolgen. So konnte der japanische Gesandte in Kaunas, Sugihara, mehreren Tausend Flüchtlingen Transitvisa, die für die Durchreise durch die Sowjetunion notwendig waren, ausstellen und ihnen damit das Leben retten. Gleichzeitig gab es unter den japanischen Offizieren und Bürokraten viele, die vom europäischen Antisemitismus nachhaltig beeinflusst wurden. So wurde 1943 im Stadtteil Hongkou ein Getto eingerichtet, in das die jüdischen Flüchtlinge ziehen mussten und das eine wesentliche Verschlechterung der Lebensbedingungen und vielerlei Restriktionen bedeutete.

Durch diese Beiträge wird das Exil in Shanghai in einen größeren Kontext gestellt und man bekommt einen guten und facettenreichen Überblick aus verschiedenen Perspektiven. Die Bedingtheit der Situation in Shanghai wird so nicht von den Ereignissen in Europa und nach Kriegseintritt der Amerikaner auch vom Krieg im Pazifik abgekoppelt.

Zentral sind jedoch die Beiträge, die sich direkt mit dem jüdischen Exil zwischen 1937 und 1947 beschäftigen. Hierzu gehören die Berichte von ehemaligen „Shanghaiern“, die über ihr Leben in dieser fernen Welt berichten. Sonja Mühlberger, die 1939 in Shanghai geboren wurde, berichtet von den frühesten Erinnerungen ihrer Kindheit und den Bemühungen ihrer Eltern „in mir immer die Liebe zu ihrer deutschen Heimat“ wachzuhalten. Dementsprechend kehrte sie 1947 mit ihren Eltern nach Berlin zurück

Shanghai galt immer als das „Exil der kleinen Leute“. Die aus Politik, Wissenschaft und Kunst bekannten Flüchtlinge fanden zumeist anderswo Aufnahme. Nach Shanghai kamen die Menschen aus der Mitte der Gesellschaft. Christiane Hoss hat in ihrem Beitrag „Abenteurer. Wer waren die Shanghai-Flüchtlinge aus Mitteleuropa?“ eine Auswertung von Akten aus dem Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes vorgenommen. In 14 Bänden liegen dort die Meldungen von insgesamt 5.546 Shanghai-Flüchtlingen aus Deutschland und Österreich vor, die sich nach ihrer Ankunft registrieren lassen mussten. Obwohl die Akten nachweislich nicht vollständig sind, liegt zum ersten Mal eine systematische Auswertung nach Alter, Geschlecht, Herkunft und Beruf vor.¹ Sie kommt zu dem Ergebnis:

„Die Shanghai-Flüchtlinge waren zum überwiegenden Teil im mittleren Alter und kamen, wenn immer es sich ermöglichen ließ, mit ihren Angehörigen oder folgten ihnen. Sie waren ein wenig besser ausgebildet als die jüdische Bevölkerungsgruppe allgemein. Ihre Berufsstruktur war nicht ungewöhnlich. Sie waren nicht bettelarm – jedenfalls nicht, bevor die Nationalsozialisten sie ihres Eigentums beraubt hatten – sie waren auch nicht reich und berühmt. Aber sie hatten in ihrem Leben gelernt, sich immer wieder neu zu orientieren. Sie waren umgezogen: Vom Land in die Stadt, von der Stadt in die Hauptstadt, innerhalb der großen Städte. Sie hatten ihre Berufe gewechselt. Wenn es in der alten Umgebung nicht mehr weitergehen wollte, hatten sie etwas

¹ Einige dieser Tabellen sind leider durch die unkorrekte Wiedergabe in ihrer Aussagekraft nur beschränkt verständlich. Kopien des korrekten Datenmaterials können in der Geschäftsstelle des Aktiven Museums, Chausseestraße 8, 10117 Berlin, angefordert werden.

Neues angefangen. Ihre Erfahrung im Neu-Beginnen ermöglichte ihnen den Entschluss, *es mit einer so unbekanntem Größe wie Shanghai zu versuchen*. Das rettete ihnen das Leben."

Diese Ergebnisse sind unspektakulär und vielleicht gerade darum so überraschend. Die Flüchtlinge waren durchschnittliche Deutsche und Österreicher, die erst durch die rassistische nationalsozialistische Politik aus der Gesellschaft gedrängt und ins Exil getrieben wurden. Auch wenn die prominenten Kulturschaffenden nicht unter den Flüchtlingen waren, so gab es dennoch ein reichhaltiges kulturelles Leben im Shanghaier Exil. Michael Philipp widmet sich den unterschiedlichen Theatertätigkeiten im Exil. Die organisatorisch einfachen Veranstaltungen wie literarische Matineen. Soloauftritte von Sängerinnen und Sängern, Kabarettisten, Zauberkünstlern und Pianisten standen in der ersten Zeit im Vordergrund. Später gab es, durch die *European Jewish Artist Society* und andere Theaterinitiativen organisiert, die Gestaltung eines intensiven Kulturbetriebes mit Theater und Operettenaufführungen. Aufgrund der Beschränktheit des literarischen Materials entstanden im Shanghaier Exil auch eine Vielzahl von Theater- und Musikstücken.

Einen besonderen Aspekt des Exils analysieren Helga Embacher und Margit Reiter in ihrem Artikel „Geschlechterbeziehungen in Extremsituationen.“ Sie analysieren die besondere Situation von österreichischen und deutschen Frauen im Shanghai der dreißiger und vierziger Jahre. Entgegen Einschätzungen anderer Historiker kommen sie zu dem Schluss, dass Frauen obwohl die Extremsituation des Exils von ihnen eine besondere Rollen Anpassung und in gewisser Weise die Aufbrechung von Rollenbildern erforderte – was zum Teil trotz der Schwierigkeiten durchaus als Selbstverwirklichung verstanden wurde –, nach dem Krieg in die alten Rollenzuweisungen zurück gedrängt wurden.

Georg Armbrüster widmet sich dem schon im Titel des Buches („Exil in Shanghai 1938-1947“) anklingenden schwierigen Teil des Exils nach Ende des Krieges. Das „Leben im Wartesaal“ ging weiter und löste sich erst bis Ende der 40er Jahre, als aus dem Exil die endgültige Emigration oder die Rückkehr wurde. Eine Rückkehr kam für die meisten der Shanghai-Flüchtlinge nicht in Frage. Nur etwa 10% kehrte nach Mitteleuropa zurück, ungefähr die Hälfte wanderte weiter in die USA, weitere große Einwanderungsziele waren Israel und Australien.

In den letzten Jahren konnte die Frage, wieviele Menschen tatsächlich Zuflucht in Shanghai gefunden haben, nur sehr vage beantwortet werden. Durch eine dem Buch beigelegte CD-Rom kann diese Unsicherheit nun wenigstens ein Stück weit behoben werden. Sie enthält eine Auflistung der japanischen Polizei vom Sommer 1944 mit den Namen der im Ghetto gemeldeten Ausländer. Die Liste enthält rund 14.700 Namen, so dass man für diese Anzahl gesicherte Erkenntnisse hat. Anhand weiterer bekannter Namen, die auf der Liste fehlen, kann man auf eine Gesamtzahl von 17.000-18.000 Flüchtlingen schließen, die Shanghai erreichten. Die CD-Rom beinhaltet sowohl die faksimilierte Liste als auch einen Bericht des deutschen Generalkonsulats von 1940, die Statistik der *Shanghai Ashkenazi Collaborating Relief Association (SACRA)* vom Mai 1943 sowie einige Fotodokumente.

Die hohe inhaltliche Qualität der einzelnen Artikel wird leider durch die mindestens unglücklich zu nennende Gestaltung des Buches gemindert. Der Anmerkungsapparat der einzelnen Artikel ist so klein gedruckt, dass er nur mühsam entziffert werden kann. Die Abbildungen dienen ebenso wie der Überblick über Shanghai anhand von drei Karten sehr anschaulich dazu, dem Leser einen Eindruck von der Stadt und einzelnen Aspekten des Lebens zu vermitteln. Von daher ist es verwunderlich, dass nur so sparsam auf sie zurückgegriffen wurde. Ärgerlich ist es, dass einige der Illustrationen so verkleinert wiedergegeben sind, dass sie mit bloßem Auge nicht zu lesen sind. Eine größere Sorgfalt wäre hier wünschenswert gewesen.

Ein weiterer durchaus problematischer Punkt ist der Preis von 88,-DM (74,-DM bei Online-Bestellung – für Mitglieder ermäßigt), der die Verbreitung des Buches außerhalb einer kleinen Fachöffentlichkeit erheblich erschweren dürfte. Das ist bedauerlich, da viele der Beiträge es verdient hätten, einem größeren Publikum nahe gebracht zu werden. Insgesamt gibt „Exil Shanghai 1938-1947: Jüdisches Leben in der Emigration“ einen breit angelegten und informativen Überblick über das Exil in Shanghai wie auch über den Forschungsstand zum Thema.

Matthias Hass

Offener Brief an Mirjam Schmidt und den Verein Aktives Museum Berlin:

Zu Ihrer Antwort auf meine Rezension des Katalogs zur Ausstellung Haymatloz – Exil in der Türkei 1933-1945 im Mitgliederrundbrief Nr. 44 des Vereins

Wie kommt es, dass nach Besichtigung der Ausstellung ungeachtet der Aufnahme von Emigranten aus Österreich die 'Saarbrücker Zeitung' meint, der weitere Zuzug von Emigranten in die Türkei sei nach 1938 unterbunden worden; dass die 'taz' ungeachtet der vornehmlich nationalistischen und eben vergleichsweise nicht rassistischen Politik der Türkei berichtet, 'kleine Leute' unter den Emigranten seien aus der Türkei ausgewiesen oder interniert worden, weil sie jüdisch waren; dass 'Tagesspiegel' und 'Berliner Zeitung' auszuweisende Staatenlose in der türkischen Gesetzgebung erwähnen, anstatt darzustellen, dass 'haymatloz' - schliesslich der Titel der Ausstellung - der Eintrag in der türkischen Aufenthaltsgenehmigung war, mit dem der türkische Staat staatenlos gewordenen Emigranten den Verbleib sicherte? Meine Rezension stellt klar, wieso die Ausstellung zu falschen Betonungen verführt. Und berichtigt erst in zweiter Linie Ihre Angaben zur osmanischen Minderheitengeschichte. Darauf richtet sich Ihr Vorwurf von Verfehlungen: Meine Angabe, Sie hätten falsch zitiert, sei Dilettantismus, staatstreue Mythenbildung, wie Sie mir vorwerfen. Also, bitte:

1. Die türkische Professorin Gülnihal Bozkurt wird als Quelle für Ihre Aussage angeführt: Minderheiten *wurden nur sehr selten in den Staatsdienst übernommen* (Katalog S. 36). Dazu Gülnihal Bozkurt im angeblichen Belegtext (S.264, 265) zu der jüdischen Minderheit im osmanischen Reich: *The Ottoman administration never maintained a negative attitude because of their believe or their origin in any period of its existence [...]. With the adoption of the 1876 Constitution the Jews, along with other nationalities began to be represented in the Parliament.* Gülnihal Bozkurt zur christlichen Minderheit (aus dem Türkischen): *Mit den Reformen wurde eine Zivilbürokratie geschaffen, in der man Griechen und vor allem Armeniern in grossem Maße Stellen einräumte.* (In: Alman-İngiliz Belgelerinin ve Siyasî Gelişmelerin Işığında Gayrimüslim Osmanlı Vatandaşlarının Hukukî Durumu (1839-1914). Ankara 1989, S. 156.)

2. Sie führen Riva Kastoryani zu Ihrer Aussage an, nach der Gründung des Staates Israel hätte *die Mehrheit der Juden das Land verlassen* (Katalog S. 40). Der zitierte Text spricht an der angeblichen Belegstelle (S. 256) nur von einer *bemerkenswerten Zahl* und bezieht diese auf die Migration von *1948-1960*. Der Inhalt des dortigen Literaturhinweises (8) ist dem Leser nicht unmittelbar ersichtlich.

3. Das Gesetz zur Vermögenssteuer (varlık vergisi) war von 1942 (Ihre Angabe) bis 1944 (meine Angabe) in Kraft. Von Jahreszahlen unabhängig: Sie entzog vor allem vermögenden Juden die Geschäftsbasis, so berichte ich in der Rezension.

Eine Mythenbildung, eine grobe Verallgemeinerung, eine eingeschränkte Sichtweise, oder gar eine wissenschaftliche Unredlichkeit, so Ihre Unterstellungen an meinen Text und meine Haltung, sind nicht belegt. Ihre Polemik ist nicht nur unschön, sie entbehrt vor allem der nötigen Sachgrundlage.

Regine Erichsen, Bonn 6.1.2001

Ein dichtes Geflecht historischer Schichten

Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus in den neuen Bundesländern

Im Zeichen rassistischer Gewalt und eines neuen Antisemitismus im gegenwärtigen Deutschland wird der mahrende Anspruch des aus der Geschichte Lernens häufig mit den authentischen Orten der deutschen Verbrechen zur Zeit des Nationalsozialismus verbunden. Aber wo liegen diese Orte, wo sind solche potentiellen Lernorte über die Geschichte des Nationalsozialismus überhaupt zu finden? Wo können wir etwas über staatlichen Terror und rassistische Verfolgung erfahren? Wo hat sich diese Geschichte überhaupt abgespielt?

Ein Blick in den nun seit wenigen Monaten vorliegenden zweiten Band der Dokumentation Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus, von der Bundeszentrale für politische Bildung in Bonn herausgegeben, unterstreicht erneut, dass sich diese deutschen Verbrechen fast überall abgespielt haben. Selbst durch den einsamsten mecklenburgischen Flecken wurden im Frühjahr 1945 die KZ-Häftlinge von ihren nationalsozialistischen Peinigern getrieben, häufig Tote am Wegesrand liegend hinter sich zurücklassend. Selbst in den kleineren thüringischen Städtchen lief in den Jahren 1944/45 die Rüstungsindustrie auf Hochtouren, die gesamte Region mit einem dichten Geflecht von KZ-Außenlagern überziehend, in denen das Prinzip Vernichtung durch Arbeit auch vor Ort – und nicht nur im fernen Polen – zur bitteren Realität wurde. Selbst aus manchem kleinen Örtchen im Vorharz wurden 1942 die letzten jüdischen Bürger abgeholt, wenn sie sich nicht schon im Vorfeld der Deportation das Leben genommen hatten. Diese Geschichte liegt vor der Haustür, überall, wir brauchen sie nur zu suchen, dann werden wir sie auch finden.

Mit ihren nunmehr zwei Bänden zu den Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus hat die Bundeszentrale für politische Bildung ein umfangreiches Inventar der politischen Topographie des Regimes vorgelegt. Sowohl der 1995 erschienene erste Band zu den alten Bundesländern als auch der nun endlich vorliegende Band zu den neuen Bundesländern dokumentieren die in der Öffentlichkeit in materieller oder institutioneller Form ausgewiesenen kleineren und größeren Orte, die mit den Opfern des Nationalsozialismus verbunden sind. Beide Bände hatten einen langen Vorlauf: Den Anstoß zu einer neuen umfassenden Zusammenstellung einer solchen Dokumentation gab das große breite öffentliche Interesse, das die Bundeszentrale für politische Bildung mit ihrer ersten Dokumentation Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus 1987 fand. Diese erste Dokumentation, die sich auf die alten Bundesländer einschließlich des Westteils Berlins konzentrierte, war trotz eines 1988 erfolgten Nachdrucks bei insgesamt 20.000 Stück sehr bald vergriffen. Die politischen Veränderungen des Herbstes 1989 und die nachfolgende Wiedervereinigung Deutschlands gaben den Ausschlag zu einer neuen, umfassenderen, nun auch die neuen Bundesländer einbeziehenden Dokumentation. Die 1992/1993 dazu begonnenen Recherchen machten sehr bald klar, dass die vielfältigen Gedenkstätten von 16 Bundesländern nicht mehr in einem Band zu fassen sein werden. Weil die Erforschung der ostdeutschen Gedenkstätten weitaus größeren Arbeitsbedarf erforderte, erschien 1995 der erste Band der Dokumentation nur für die alten Bundesländer. Zum Jahresende 2000, auch wenn im Impressum die lange Bearbeitungszeit kaschierend von 1999 die Rede ist, ist nun der zweite Band dieser Dokumentation für die neuen Bundesländer gefolgt. Nach dem Redaktionsschluss zum Jahresanfang 1998 erfolgte eine umfangreiche redaktionelle Bearbeitung des zusammengetragenen Materials, so dass nach nun weiteren fast zweieinhalb Jahren ein beeindruckendes Werk von fast tausend Seiten vorliegt, dessen Orts-, Namens- und Sachregister schon allein siebzig Seiten umfasst. Dabei übersteigt das Bestandsverzeichnis das der alten Bundesländer um beinahe 150 Seiten, was nicht nur dem größeren Informationsbedarf geschuldet, sondern schon allein auf die höhere Dichte der historischen Orte und der damit verbundenen Gedenkstätten in den neuen Bundesländern zurückzuführen ist. Eine dem Band beiliegende Karte zu den Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus in der Bundesrepublik Deutschland führt diese Diskrepanz eindrucklich vor Augen.

Damit liegt nun erstmals seit der 1974 vom Institut für Denkmalpflege in der DDR herausgegebenen Dokumentation 'Gedenkstätten. Arbeiterbewegung. Antifaschistischer Widerstand' eine

vollständige Übersicht über die auf dem Territorium der SBZ/DDR seit 1945 entstandenen Gedenkstätten vor. Eine aktuellere DDR-weite Gesamtdarstellung gab es bis 1989 nicht. Stattdessen erschienen einzelne Dokumentationen der Bezirke und Kreise, die zumeist von den SED-Bezirks- oder -Kreisleitungen herausgegeben wurden. Die Zusammenstellung dieser Hefte war jedoch vielfach primär auf kommunistische Traditionen und kommunistischen Widerstand ausgerichtet und beispielsweise "Erinnerungsstätten der revolutionären Arbeiterbewegung im Bezirk Dresden" überschrieben (vgl.: Heinrich Tempel/Heinz Tegge: Erinnerungsstätten der revolutionären Arbeiterbewegung im Bezirk Dresden, hrsg.v. SED Bezirksleitung Dresden, Dresden 1988). Der rassistische Antisemitismus des Nationalsozialismus und seine Folgen fanden in einem solchen Zusammenhang nur eine untergeordnete Darstellung. Andere Publikationen waren weniger Teil einer aktiven Gedenkstättenarbeit, sondern gehörten eher in den Zusammenhang von kultischer Traditionspflege, etwa die Broschüren über Thälmann- oder Pieck-Gedenkstätten. So schließt der vorliegende Band eine wirkliche Lücke, zumal hier erstmalig die einzelnen historischen Orte jenseits parteilicher Legendenpflege kritisch nach den reinen historischen Tatsachen befragt werden.

Zur Versachlichung des Diskurses um die Erinnerung trägt besonders bei, dass der Gegenstand der beiden Dokumentationsbände sehr genau definiert ist: Hier geht es ausdrücklich primär um die Opfer, d.h., um jene Frauen, Männer und Kinder, die durch nationalsozialistische Verfolgung ums Leben kamen. Exil und Widerstand ohne diese vorgenannte bittere Konsequenz wurden in die Dokumentationen nicht aufgenommen. Ein Ausufern oder etwa unklare Konturen hinsichtlich des befragten Gegenstandes gibt es damit nicht und so unterscheidet sich die Dokumentation von den früheren DDR-Publikationen, die die ganze Bandbreite von der Kennzeichnung historischer Orte bis zu kultischen Stätten abdeckten, fundamental.

Die Autorinnen des Bandes zu den fünf neuen Bundesländern und Berlin haben mit ihren Recherchen eine grundlegende Bestandsaufnahme vorgenommen. Stefanie Endlich, Nora Goldenbogen, Beatrix Herlemann, Monika Kahl und Regina Scheer informieren in einleitenden Kapiteln zu den jeweiligen Bundesländern über deren allgemeinen historischen Hintergrund und über die regionale Geschichte des Aufbaus einer Gedenklandschaft. In einzelnen alphabetischen Ortsverzeichnissen listen sie die Gedenkstätten auf. Dabei reichen ihre Vermerke über ein bloßes konservatorisches Inventar weit hinaus. Nicht nur die historischen Ereignisse der jeweiligen Orte werden detailliert beschrieben. Auch die Gedenkgeschichte der Monumente wird vielfach sachgerecht zur Darstellung gebracht, so dass sich zu der ersten historischen Schicht – der Phase des tatsächlichen Geschehens – nun eine zweite hinzufügt, die des Umgangs mit der Geschichte, eine erste Erinnerungsphase. Nicht weniger engagiert widmen sich die Autorinnen in ihren einzelnen Eintragungen den neuesten Veränderungen dieser komplexen Gedenktopographie seit dem Herbst 1989. Damit eröffnen sie eine dritte zeitliche Dimension und beschreiben den Stand der aktuellen zweiten Erinnerungsphase, in der wir uns momentan befinden. In diesen vielen Details offenbart sich die ganze Komplexität der Vorgänge um Markierung, Information und Erinnerung. Sie zeigen das dichte Gewebe der einzelnen historischen Schichten an.

Verständlicherweise ergeben sich zur Gedenkgeschichte nach 1945 zwischen den einzelnen Bundesländern in den Kapitel-Einführungen zunächst große Übereinstimmungen. Lag die Federführung bei der Einrichtung von Gedenkstätten und der Markierung historischer Orte zunächst noch in den Händen der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN), also bei einem sozialismusfreundlichen, dennoch unabhängigen Verband, so wurde das lokale Gedenken mit der Auflösung der VVN 1953 in zentrale, d.h. staatliche Hände gelegt. Dabei hatte sich die VVN als wichtigster Initiator von Gedenkorten erwiesen. Die VVN regte auch Gedenkstätten für Ereignisse und Personen an, die nicht zur kommunistischen Tradition gehörten.

Auch in der praktischen Umsetzung von Denkmalen wählte man in den ersten Nachkriegsjahren recht unkonventionelle Formen. Mangels notwendiger Steine wurden etwa in vielen Orten die traditionellen Kriegerdenkmale zu Denkmalen für die Opfer des Faschismus konvertiert. Wo zuvor Adler und Krone saßen fanden sich nun roter Winkel und die Opferschale. Bei dieser Umnutzung spielte sicherlich auch oft die vormalige militaristische Konnotation der alten Krieger-

denkmale eine wichtige Rolle. Waren doch diese Orte durch rituelle Aufmärsche der alten Eliten öffentlich besonders stigmatisiert. Diese Veränderungen können somit auch als bewußter Ausdruck der politischen Demokratisierung verstanden werden. Aber auch die Verwandlung des mittelalterlichen Bauernsteins (Ort der Rechtsprechung) in Großspaschleben (Kreis Köthen) zu einem Ernst-Thälmann-Denkmal 1959 muss nicht allein der chronischen Materialknappheit in der DDR geschuldet gewesen sein. Diese Umfunktionierung könnte auch als ein Akt der Traditionspflege, der bewussten Kontinuität verstanden werden.

Solch undogmatische Haltung zur jüngsten Vergangenheit war offensichtlich suspekt. Der Faschismus wurde 1953 als "beseitigt" erklärt und der VVN das Existenzrecht als eine eigenständige überparteiliche Organisation genommen. Die Initiative für Gedenkstätten lag von nun an nur noch bei der SED und ihren historischen Kommissionen. Unkonventionelle Opfergruppen, die sich nicht für politisch-ideologische Zwecke instrumentalisieren ließen, wurden nicht mehr berücksichtigt. Stattdessen verdeckten zentralistische Strukturen die regionalen Unterschiede und Tendenzen in der Thematisierung der Zeit des Nationalsozialismus. Landesweit glichen sich die Gedenkstätten in ihrer Form und Aussage an. Für diese Monotonie waren die amtlichen Stellen verantwortlich:

Am 26. Januar 1954 legte die DDR-Regierung in einer Anweisung fest, dass "um eine einheitliche Gestaltung unserer Gedenkstätten zur gewährleisten" nur der roten Winkel verwendet werden durfte. Die Bezeichnungen VVN, VdN und KZ wurden für unzulässig erklärt. Der rote Winkel als Zeichen der im Nationalsozialismus aus politischen Gründen verfolgten Opfer wurde absolut gesetzt. Die Differenzierung der verschiedenen Opfergruppen und ihrer verschiedenen Schicksale wurde ausgeklammert, ja verleugnet. Und diese strengen Vorgaben der primär stalinistisch geprägten frühen 1950er Jahre büßten ihre Gültigkeit für lange Zeit nicht ein. Noch 1981 gab das Institut für Denkmalpflege der DDR, das eine praktisch-anleitende Rolle für die Schaffung von Denkmalen spielte, eine solche Anleitung unter dem Titel "Zur Gestaltung und Pflege politischer Gedenkstätten" heraus, in der "detaillierte Vorgaben über einzusetzende Materialien, Wege-, Straßen- und Platzgestaltung, Schriftart und -form sowie die Anwendung der Symbolik" gemacht wurden. Dazu hieß es unverblümt: "An Denkmalen und Gedenktafeln für antifaschistische Widerstandskämpfer und Opfer des Faschismus wird der ROTE Winkel verwandt ... Es darf auf keinen Fall eine andere Farbe, auch nicht hellrot/rosa gewählt werden, da diese Farben den Faschisten zur Kennzeichnung anderer Häftlingsarten dienten ... Es ist darauf zu achten, daß weder die Bezeichnung 'VVN' noch 'FIR' angebracht wird. Die erstgenannte Abkürzung bedeutet 'Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes', die es in der DDR nicht gibt; die letztgenannte Abkürzung 'Fédération Internationale des Résistants' (Internationaler Verband der Widerstandskämpfer)." Udenkbar der Skandal, wäre aus dem roten Winkel etwa ganz aus Versehen ein rosafarbener geworden und damit hätte sich der standhafte Kommunist zum auch in der DDR als "asozial" betrachteten Homosexuellen verwandelt. Andererseits hätte die Ehrung eines homosexuellen Opfers des Nationalsozialismus in der DDR nur im Zeichen des roten Winkels stattfinden können. Aber auch jüdische Opfer des Nationalsozialismus wurden dem roten Winkel untergeordnet. Erst gegen Ende der achtziger Jahre wurde eine solche Instrumentalisierung mit der gleichzeitigen Abbildung eines Davidsterns auf mancher Gedenktafel kaschiert. Doch bis dahin durfte es nur politische Opfer geben, die in eins zu setzen waren mit der politischen Führung der DDR.

So waren Ehrungen für Opfer des Nationalsozialismus in der DDR ohne den offiziellen Segen von höchster parteilicher Stelle beinahe unmöglich. Das Gedenken wurde sogar zum Beiwerk politischer Kampagnen erniedrigt. Während viele private und besonders auch kirchliche Initiativen sich oft jahrelang vergeblich um ein öffentliches Gedenken auch für die jüdischen Opfer des Nationalsozialismus bemühten, konnte es im Herbst 1988 zum 50. Jahrestag der Novemberpogrome der Partei gar nicht schnell genug gehen, denn plötzlich ergoss sich eine ganze Flut von Gedenksteinen und Gedenktafeln für jüdische Opfer des Nationalsozialismus über die Republik. Grund dafür waren die Bemühungen der DDR um internationale politische Anerkennung. Sehr spät hatte man auch im Politbüro erkannt, dass für dieses außenpolitische Ziel die Erinnerung an jüdische Opfer vorteilhaft sein könnte, speziell wenn es sich um den Ausbau der außenpoliti-

schen Kontakte zu den USA handelte. Dann waren plötzlich die jahrelangen Konflikte vergessen, die es etwa seit Beginn der 1980er Jahre in Suhl um einen Gedenkstein am Standort der früheren Synagoge zwischen der Jüdischen Landesgemeinde Thüringen, der SED-Bezirksleitung und dem Rat der Stadt Suhl um Standort und Inschrift gegeben hatte. Dann war auch plötzlich die allgemeine "Gleichgültigkeit", so Regina Scheer, vergessen, die man in den 1960er und 1970er Jahren gegenüber den Spuren jüdischer Kultur und die Erinnerung an jüdische Opfer gezeigt hatte: Da wurde etwa 1977 in Schwarza die Synagoge abgerissen, in Güstrow wurde auf dem Gelände des jüdischen Friedhofs eine Kaufhalle errichtet, mancher jüdische Friedhof wurde eingeebnet (Hagenow) oder mehrfach versetzt, an anderer Stelle wurde am Ort des jüdischen Friedhofs eine Badeanstalt eingerichtet (Pasewalk), wieder anderswo nutzte man die Synagoge als Garage und auf dem jüdischen Friedhofsgelände errichtete man eine Tankstelle (Röbel). Im kleinen mecklenburgischen Örtchen Schwaan rissen sich die Einwohner die Grabsteine des jüdischen Friedhofs zur Fundamentierung ihrer Häuser und Treppenstufen unter den Nagel. Ein solcher gedankenloser Umgang mit dem Erbe der jüdischen Kultur und ihren Stätten unterscheidet sich leider nicht wesentlich von dem, was nach 1945 in den alten Bundesländern geschah. Da überrascht es auch nicht mehr besonders, in diesem Band zu erfahren, dass auch in der DDR jüdische Orte in den 1960er, 1970er und 1980er Jahren immer wieder von Vandalismus heimgesucht wurden.

Wenn dann 1988 Gedenktafeln und Gedenksteine folgten, so stellten manchmal ihre Inschriften eher den Stifter heraus als den eigentlichen Anlass, etwa in Ballenstedt und einer ganzen Reihe anderer Orte des Vorharz in Sachsen-Anhalt betont die Inschrift des Gedenksteins auf dem jüdischen Friedhof: "Errichtet von der Deutschen Demokratischen Republik".

Gegenüber einer solchen offiziellen Gedenkhierarchie, der breiten Gleichgültigkeit und manchem unterschwelligem Antisemitismus standen Heimatforscher, Historiker, Lehrer, Ärzte, Pastoren und Mitglieder kirchlicher Gruppen sehr allein in ihren Bemühungen, an den simplen offiziellen Geschichtsversionen zu kratzen. Dennoch errangen sie manchmal stille Triumphe über die allgemeine Stereotypie in der ostdeutschen Erinnerungspolitik.

Dabei galt es nicht nur für die Ehrung jüdischer Opfer Gleichgültigkeit und Gedankenlosigkeit zu durchbrechen. Auch für lange Zeit missachtete Opfergruppen konnten durch einzelne Initiativen im Laufe der 1980er Jahre klammheimliche Erfolge erzielt werden: So etwa wenn auch die Verbrechen an körperlich und geistig behinderten Menschen allmählich thematisiert oder wenn NS-Opfer aus dem Kreis des militärischen Widerstands auf Initiative eines Pastors und durch Unterstützung einer engagierten Historikerin 1987 in Göhren geehrt wurden.

Der politische Alltag in der DDR verführte aber auch zu manchen Interpretationsleistungen und groben Missachtungen gegenüber den historischen Tatsachen: Da wurde Opferzahlen einfach noch eine weitere Null angehängt, um die Bedeutung eines historischen Ortes zu steigern. Da wurden in Inschriften KZ-Häftlinge zu Soldaten verwandelt oder sowjetische Kriegsgefangene zu kämpfende sowjetische Soldaten erklärt, oftmals die nackte Tatsache des grausamen Todes heroisch überspielend. Diese und andere sprechende Details in der Gedenkkultur der DDR verdeutlichen, dass die traditionellen Funktionen von Gedenkstätten und Denkmälern nicht in Frage gestellt wurden. Selbstverständlich hatten auch in der DDR Gedenkstätten eine funktionale gesellschaftspolitische Aufgabe. Sie sollten aus der Vergangenheit für die Gegenwart Sinn stiften, sie sollten das bestehende politische System moralisch rechtfertigen und dem aktuellen politischen Handeln eine höhere, jenseitige, beinahe spirituelle Weihung verleihen.

Wer nun erwartet, dass eine solche plumpe Indienstrahle mit dem Jahre 1989 ihr Ende gefunden hätte, sieht sich bei der Lektüre der einzelnen Kapitel getäuscht: Auch nach den politischen Veränderungen blieben die instrumentellen Ansprüche an Denkmale und Gedenkstätten erhalten. Auch wenn der Band wegen seines frühen Redaktionsschlusses im wesentlichen nur die Neuerungen bis 1995/96 enthält, lassen sich doch erste Tendenzen ablesen: Wiederum wurde die Vergangenheit mit der politischen Gegenwart verknüpft, wenn etwa in Neubrandenburg eine Inschrift betont: "Der Weg zur deutschen Einheit im Jahre 1990 gab den Opfern ihre Würde zurück". Wiederum wurde das eigene Leid dem der historischen Opfer zur Seite gestellt, wenn etwa die Inschriften von Gedenksteinen und Denkmälern verallgemeinernd sich auch auf die Op-

fer von Stalinismus, Terror, Gewaltherrschaft, Krieg, Diktaturen, Bombenkrieg oder dem "Unrecht danach" – so in Grevesmühlen – beziehen. In solchen einfachen Gleichungen zeichnet sich eine gefährliche Nivellierung des historischen Unrechts ab. Sie sind sicherlich auch mit dem erschreckenden Nichtwissen zu begründen und nur schwerlich mit der zunehmenden historischen Distanz zu entschuldigen. Vielfach spricht aus solchen Gleichsetzungen ein mangelndes Problembewusstsein, das sich beispielsweise in der plötzlich wieder ganz unbefangenen Verwendung des Wortes Kristallnacht – so in Gräfenhainichen – niederschlägt.

Einen Höhepunkt der gedenkenden Selbstbezogenheit stellt eine 1994 von den CDU-Stadtverordneten im historischen Rathaus Wernigerode initiierte Inschrift dar: "Das Geheimnis aller Erlösung liegt in der Erinnerung. / Den verfolgten jüdischen Bürgern unserer Stadt." Die Ambivalenz dieses Textes unterstreicht eindrucksvoll eine alte Erkenntnis: Jedes Denkmal sagt genau so viel über den Zeitpunkt seiner Setzung aus wie über das zu erinnernde Ereignis.

Gleichgültigkeit gegenüber der Geschichte drückt sich vielfach auch im Umgang mit den bis 1989 entstandenen Monumenten aus: Nicht wenige Gedenktafeln und Gedenksteine wurden schlichtweg abgeräumt. Sie wurden dem Kapitel "Kommunistisches" zugeordnet, das sich mit der Wiedervereinigung 1990 erledigt habe. Besonders die eher kultischen Monumente, die über keinen konkreten historischen Bezug verfügten wie etwa die vielen Thälmann-Denkmale, verschwanden aus dem Stadtbild. Bedenklicher ist aber die Entfernung von Gedenkzeichen an früheren Produktionsorten, die mit der Privatisierung der vormals volkseigenen Wirtschaft einherging. Sie markierten oftmals Stätten der Zwangsarbeit und der gnadenlosen Vernichtung von Menschen durch Arbeit im nationalsozialistischen Staat.

Viele allgemeine Gedenksteine, die summarisch den Opfern des Faschismus gewidmet waren und sich an prominenten städtischen Orten, beispielsweise auf dem Bahnhofsvorplatz befanden – so etwa in Kemberg –, wurden auf Friedhöfe umgesetzt und damit aus dem Stadtbild entfernt. Die Toten zu den Toten!

Allerdings erfolgten mittlerweile auch bauliche Veränderungen an den Denkmälern, die sich für die Konzentration auf das historische Geschehen vorteilhaft auswirkten: Den vielfach an Denkmälern eingerichteten Appellplätzen wurde der monumentale Charakter genommen, Fahnenstangen wurden entfernt und die strenge Bodenversiegelung durchbrochen. Solche Eingriffe deuten darauf hin, dass sich zumindest die Frage der öffentlichen Ritualisierung mit dem Jahr 1989 erledigt hat.

Die Gedenktopographie in den fünf neuen Bundesländern und Berlin erfuhr nach 1989 aber durchaus nicht nur einen Abriss. Endlich konnten nun auch diejenigen Orte und Geschehnisse markiert werden, die bis 1989 nicht in das offiziell gewünschte Bild von Opfern des Nationalsozialismus passten, zum Beispiel Sinti und Roma, Deserteure, einzelne jüdische Familien und die Orte der Verfolgung jüdischer Bürgerinnen und Bürger, die Kriegsgefangenen und ihre Lager, Zwangsarbeiter und Verschleppte, die Opfer der nationalsozialistischen "Euthanasie"-Programme und auch Angehörige des militärischen Widerstandes gegen den Nationalsozialismus. Ganz nebenbei überrascht es, dass ausgerechnet sozialdemokratische Opfer noch nicht in einer angemessenen Bandbreite nach 1989 gewürdigt wurden. Endlich konnten nun auch wichtige Orte nationalsozialistischer Verbrechen im früheren Grenzbereich zwischen den beiden deutschen Staaten betreten, markiert und thematisiert werden. Das alles zeugt davon, dass die Aufarbeitung der Geschichte des Nationalsozialismus im Bereich der fünf neuen Bundesländer und Berlins noch längst nicht abgeschlossen ist, dass diese Aufarbeitung vielmehr in eine neue Phase eingetreten ist, in der es darum geht, die Geschichte dieser Dörfer und Städte neu zu erkunden und sich mit dem Vermächtnis dieser Orte neu zu befassen. Und auch dazu gibt diese Dokumentation an vielen Stellen interessante Anregungen.

Bei der Lektüre der einzelnen Länderkapitel zeichnet sich eine sehr feine unterschiedliche Schwerpunktsetzung der einzelnen Autorinnen ab. Beatrix Herlemann etwa vermerkt jeden noch so kleinen Thälmann-Gedenkstein in Sachsen-Anhalt, um auf diese Weise die in ihrer Einleitung betonte kultische Dimension hervorzuheben. Davon ist zum Beispiel in der Länderdarstellung Thüringen nichts zu finden, wobei wohl kaum davon ausgegangen werden kann, dass es in den

drei Thüringer Bezirken keine Thälmann-Ehrungen gegeben hätte. Dafür legt Monika Kahl größeren Wert auf die Feststellung der historisch bedeutsamen Orte Thüringens, die zum Schauplatz der Verfolgung im Nationalsozialismus geworden sind. Sie vermerkt auch solche Orte, die noch nicht durch Monumente oder Gedenksteine markiert worden sind, so dass der Band teilweise den Charakter einer historischen Topographie zur Zeit des Nationalsozialismus in den fünf neuen Bundesländern und Berlin erhält, ja hier sogar ein erster Ansatz zu einer regionalen *Topographie des Terrors* vorgelegt worden ist. Ein besonderes Augenmerk richten alle Autorinnen auf das lange Zeit vernachlässigte Kapitel verfolgter jüdischer Bürgerinnen und Bürger sowie zerstörter jüdischer Einrichtungen und Institutionen. So stößt der Leser an mancher Stelle der Dokumentation auf bezeichnende Sätze wie "Es gibt hier kein Gedenkzeichen und keine Informationstafel" oder "Vergessen ist in Krakow am See..." oder "Einen erinnernden Hinweis gibt es hier nicht". Solche und andere Formulierungen deuten an, dass trotz Jahrzehnten eines ritualisierten Gedenkens das eigentliche Wissen über Orte und Geschehnisse vielfach noch im Dunkeln liegt.

Gerade bei der langen Bearbeitungszeit hätte sich der Leser manche redaktionelle Vereinheitlichung gewünscht. So müsste nicht in jedem Kapitel erklärt werden, wer Ernst Thälmann war. Auch in den einzelnen Kapiteleinleitungen kommt es zu manchen Wiederholungen, und was dort bereits mehrfach gesagt wurde trägt die Projektleiterin Ulrike Puvogel ein weiteres Mal in ihrer Einleitung am Beginn des Bandes vor. Nun ist sicherlich nicht zu erwarten, dass jeder Leser den Band wie ein Buch von A bis Z durchliest, wie es der Rezensent hier tat. Denn schließlich zielt diese Dokumentation eher auf einen lexikalischen Gebrauch. Aber eine entsprechende Abstimmung hätte an anderen Stellen wiederum mehr Raum für wissenswerte Details oder eine umfangreichere Bebilderung ermöglicht.

Mangelnde Abstimmung zwischen den Autorinnen und der Projektleitung macht sich ebenfalls in den sehr verschiedenartigen Objektbeschreibungen deutlich. So werden in einzelnen Kapiteln die Objektinschriften ganz genau verzeichnet, in anderen Kapiteln hingegen nur kurze Inschriften aufgeführt und diese auch nicht durchgehend für alle Gedenkstätten gleichberechtigt notiert. Hinsichtlich der kunsthistorischen Betreuung des Projektes und der sachlichen Objektbeschreibung fallen schließlich einige Kapitel sehr deutlich ab. Neben der präzisen Darstellung der historischen Vorgänge und ihrer Bedeutung für die Erinnerungskultur hätte sich der Leser an manchen Stellen eine genauere Objektbeschreibung gewünscht. Etwa das Wort Mahnmal allein klärt noch nicht darüber auf, um was für ein Objekt es sich eigentlich handelt: Um einen bloßen Stein oder um eine Tafel oder vielleicht sogar eine bildhafte Darstellung? Über das Köthener "Denkmal für Ernst Thälmann" hätte man gerne gewusst, wie der kommunistische Politiker dort in Erscheinung tritt: nur als Text oder auch als Bild? Wenige Stichworte hätten solche Unklarheiten schnell klären können. Und auch eine kunsthistorische Beratung hätte geholfen, die teilweise fehlerhafte Schreibweise von Künstlernamen oder die teilweise völlig fehlende Erwähnung der ausführenden Bildhauer und Plastiker zu verhindern.

Die Auslassung mancher komplexer Gedenkgeschichte in der DDR ist sicherlich der notwendigen Kürze geschuldet. Dabei hätte auch das Verschwinden von manchen Gedenkstätten vor 1989 Erwähnung finden können, drückt sich doch auch in einem solchen Phänomen der Umgang mit der Erinnerung geradezu paradigmatisch aus: 1967 trat am Halleschen Hansering an die Stelle eines sehr zurückhaltenden 1948 errichteten Denkmals für die Opfer des Faschismus das propagandistische Fahnenmonument "Flamme der Revolution". Dieser Wechsel der Monumente, von der vormaligen besinnlich-lyrischen Aktfigur Herbert Volwahsens zum triumphalen Beton sozialistischer Städtebauer hätte nicht deutlicher anzeigen können, dass Vergangenheitsbewältigung zu den Akten gelegt wurde. Der von dem OdF-Denkmal angestrebte Bezug zu den nahe gelegenen zwei Gerichtsgebäuden, in denen Todesurteile ausgesprochen wurden, war damit zerstört. Das Monument der Roten Fahne kehrte zurück zu einem triumphalen Bombast wie es ihn an genau dem gleichen Ort in Form eines Kaiser-Wilhelm-Denkmal bis 1947 gegeben hatte. Dass damit ausgerechnet eine Gedenkstätte, die an primär bürgerliche und sozialdemokratische Opfer des Nationalsozialismus erinnerte, aus dem Weg geräumt war, hätte sich durchaus in die Erkenntnisse des entsprechenden Bearbeiters logisch eingefügt. [Der erste hall-

esche Nachkriegsstadtbaurat Prof.Dr.-Ing. Hellmann verarbeitete mit dieser Anlage den individuell erlittenen Verlust des eigenen Sohnes durch das nationalsozialistische Unrechtssystem.] Dieses bemerkenswerte Beispiel erwähnt die Dokumentation aber leider nicht.

Trotz dieser marginalen Einwände bleibt das große Verdienst einer dringend notwendigen Bestandsaufnahme, das sich die Bundeszentrale für politische Bildung mit ihrer Dokumentation zu den Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus erworben hat. Sie legt damit ein Standardwerk vor, das in den nächsten Jahren und Jahrzehnten zur Grundlage vieler weiterführender Forschungen besonders zu den Bereichen der Erinnerungskultur und der politischen Rituale im Nachkriegsdeutschland werden wird; ein Standardwerk, das darüber hinaus etliche Anstöße zur Bewusstwerdung, Sicherung und schließlichen Markierung von historischen Orten geben wird.

Martin Schönfeld

Der Band ist über die Bundeszentrale für politische Bildung in Bonn oder über die Landeszentrale für politische Bildung in Berlin (An der Urania 4-10, Tel.: 90162552) kostenlos zu erhalten. Eine Buchhandelsausgabe ist über die ISBN-Nummer 3-89331-391-5 erhältlich.

Initiative – Gedenkstätte – Museum

Der GedenkstättenRundbrief wird "100" und unternimmt eine Standortbestimmung

Es ist eine klassische Erfolgsgeschichte: 1983 erschien der erste GedenkstättenRundbrief, herausgegeben von der Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste e.V. und deren 1981 gegründetem Gedenkstättenreferat. Damals, vor nun fast zwanzig Jahren, galt es, mit dem GedenkstättenRundbrief für die einzelnen lokalen Gedenkstätteninitiativen mehr Öffentlichkeit herzustellen, ihre Ansätze zu verknüpfen und die verschiedenen Projekte zu unterstützen. Was mit der Zusammenstellung aktueller Zeitungsartikel begann hat sich zu einem respektablen Fachjournal entwickelt, das über Gedenkstättenseminare, Veranstaltungen auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene, über Ausstellungen und die neuesten Publikationen zum Thema Nationalsozialismus berichtet und mit einzelnen Artikeln immer wieder zur Belebung der Diskussion über Gedenkstättenfragen beiträgt. Nach der Übernahme des Gedenkstättenreferates in die Stiftung *Topographie des Terrors* im Jahre 1993 konnte die Herstellung des jährlich sechs Mal erscheinenden Rundbriefes seit 1997 in professionelle Hände gelegt werden. Dabei verdoppelte sich die Auflagenhöhe bis zum gegenwärtigen Stand von 1.100 Exemplaren, und gut ein Zehntel der Auflage wird ins Ausland geliefert.

Mit der Jubiläumsnummer 100 des GedenkstättenRundbriefes, die Anfang Mai 2001 als ein Sonderband erscheint, unternimmt das Gedenkstättenreferat der Stiftung *Topographie des Terrors* eine Standortbestimmung über die zurückliegende, gegenwärtige und die mögliche künftige Entwicklung der Gedenkstättenarbeit in der Bundesrepublik Deutschland. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der kleineren und größeren Gedenkstätten erinnern an Ausgangspunkte der lokalen Erinnerungsinitiativen, die seit Ende der siebziger Jahre die "Friedhofsruhe im Umgang mit der NS-Vergangenheit" – wie es der Leiter des Berliner Gedenkstättenreferates Thomas Lutz treffend formuliert – durchbrachen und den mühsamen Weg zur Schaffung eines festen Rahmens der Erinnerung begingen, oft in Form von wenigen Räumen, provisorischen mit wenigen Mitteln zusammengestellten Ausstellungen, engagierter pädagogischer Betreuung und der möglichen schließlichen Institutionalisierung. Dabei befinden sich auch viele der vor mehr als zwanzig Jahren gestarteten Projekte noch immer auf dem Weg zu einer dauerhaften Einrichtung, wie es Gerhard Schoenberger von der *Topographie des Terrors* auf dem früheren Gestapo-Gelände in Berlin zu berichten hat. Andere Beiträge thematisieren ihre mittlerweile erprobten unterschiedlichen Ausstellungskonzepte, die eine ganze Bandbreite zwischen der historischen Dokumentati-

on und einer primär emotional-inszenatorischen Ansprache der Besucher abdecken (Oberer Kuhberg Ulm).

Doch die zentrale Frage bei diesen und anderen Beiträgen des Bandes ist das gegenwärtige Verhältnis der Gedenkstätten zur Gesellschaft, zur Politik und zur Frage der Musealisierung.

Viele Initiativen begannen ihre Arbeit als eine bewusste Opposition zum offiziellen Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit in der Bundesrepublik Deutschland. Sie stellten Fragen nach der Täterschaft und den personellen und lokalen Verstrickungen in ein bisher einmaliges System des Staatsterrorismus. Sie machten Orte ausfindig, die lange Zeit unter der Decke des Vergessens und Verdrängens versteckt lagen. Doch im Zuge der achtziger und neunziger Jahre des 20. Jahrhunderts rückten sie vom Rand der Gesellschaft in deren Zentrum und gehören heute, so meint es Volkhard Knigge, genauso "zur kulturellen Grundausstattung der Bundesrepublik (...), wie Volkshochschulen, Theater und Museen". Dabei grenzt es schon beinahe an ein Wunder, dass trotz minimaler finanzieller Ausstattung viele Gedenkstätten diesen Weg der Professionalisierung gehen konnten. Denn zurecht erinnert Herbert Obenaus daran, dass bis Anfang der 1980er Jahre in der Bundesrepublik auch die großen Gedenkstätten noch nicht über wissenschaftliches Fachpersonal verfügten. In der Gedenkstätte Bergen-Belsen wurde beispielsweise 1966 zur Eröffnung des Dokumentenhauses nur eine Hausmeisterstelle eingerichtet. Erst mit der breiten gesellschaftlichen Anerkennung im Zuge der 80er und 90er Jahre wurde auch die Bedeutung der Gedenkstätten für die Jugend-Bildungsarbeit ausgebaut und entsprechendes pädagogisches Fachpersonal angestellt. Politiker sahen in solchen Maßnahmen konkrete Schritte gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus. Solch direkte Erwartungen müssen jedoch nach jahrelanger Praxis relativiert werden, wie Heidi Behrens zu berichten weiß. Dennoch haben die Gedenkstätten "pädagogisch an Bedeutung gewonnen". Volker Kaiser bestimmt die pädagogischen Angebote der Gedenkstättenarbeit als eine Unterstützung der Geschichtsaneignung. An Stelle einer schlichten Betroffenheitspädagogik gelte es, eine intellektuelle Auseinandersetzung zu ermöglichen. Gedenkstätten gehören damit heute zum komplexen funktionalen Gefüge gesellschaftlicher Zusammenhänge. Ihre oppositionelle Rolle hat sich in einem notwendigen Pragmatismus aufgelöst.

Gegenüber den von politischer Seite formulierten konkreten pädagogischen Erwartungen an die Gedenkstättenarbeit, bleiben die direkten politischen Ansprüche eher unklar. Sie formulieren sich im Rahmen von Gedenkveranstaltungen und politischen Festreden. Entgegen den am Beginn der 1990er Jahre geäußerten Befürchtungen, dass mit der Wiedervereinigung die Thematisierung des Nationalsozialismus und damit auch die Gedenkstättenarbeit zurücktreten werde, revidieren nun Frank Dingel und Detlef Garbe ihre eigenen früheren Positionen. Denn das Gegenteil ist der Fall: Die Holocaust-Mahnmal-Debatte im Bundestag zeigte, dass "die Frage der Erinnerungskultur zentral im politischen Leben des neuen Deutschland verankert" sei (so Dingel), und Detlef Garbe macht einen "Paradigmenwechsel" in der Gedenkstättenentwicklung aus: "Von 'vergessenen KZ's' kann heute jedenfalls keine Rede mehr sein." Die Geschichte des Nationalsozialismus ist also tatsächlich für die wiedervereinigte Bundesrepublik im "negativen Gedenken" nationalisiert worden, wie Volkhard Knigge die von Garbe konstatierte Veränderung nennt. Doch ist mit dieser unerwartet glücklichen Wendung das Problem der politischen Sinnstiftungsfälle, der die Gedenkstättenarbeit in der DDR weitgehend unterlag, für alle Zeit ausgeräumt? Um einem solchen Verhängnis erfolgreich entgegen zu können, plädiert Siegfried Vergin für eine Aufrechterhaltung der politischen Unabhängigkeit der Gedenkstätten durch "Aufklärung und Wissensvermittlung": "Erst dieses Wissen kann unser politisches Bewusstsein schärfen und der geschichtspolitischen Instrumentalisierung, aber auch modernen Beliebigkeit entgegenwirken."

Für eine solche Unabhängigkeit stehen auch die verschiedenen Finanzierungsmodelle zur Gedenkstättenförderung, die die Bundesregierung Ende Juli 1999 vorgelegt hat. Die hälftige Finanzierung der zentralen Gedenkstätten zwischen dem Bund und den Ländern garantiere eine "Verankerung der Gedenkstättenarbeit in der Region und im Land", die "geteilte Verantwortung im föderalen System" sichere "auch die politische Unabhängigkeit der Gedenkstätten" (Vergin).

Jenseits dieser finanztechnischen Rahmenbedingungen gründet sich für Volkhard Knigge die autonome Position der Gedenkstätten im politischen Gefüge auf der von ihm genannten "Kultur negativen Gedenkens", die "den Gang der eigenen Geschichte und die Verfassung der eigenen Gesellschaft immer wieder kritischer Selbstreflexion aussetzt".

Einen möglichen Ausweg aus dem politischen Sinnstiftungsproblem können neue Arbeitsansätze für die Gedenkstätten sein. Volkhard Knigge setzt auf inhaltliche Auseinandersetzung und Gedenkstätten sollten deshalb "zuvorderst transparente, diskursive Orte historischer Dokumentation und Bildung sein (...), Arbeitseinrichtungen mit einem gewissen Andachtscharakter, (...) moderne (zeit-)historische Museen". Die Musealisierung sieht Knigge als einen selbstverständlichen Prozess des Übergangs von der Zeitgeschichte zur Geschichte. Damit stellen sich andere Anforderungen an die Arbeit der Gedenkstätten: Kritische Realienkunde, kunsthistorische und museumsgeschichtliche "Auseinandersetzung mit den Symbolisierungs- und Repräsentationsformen der NS-Vergangenheit". Während Thomas Lutz in Gedenkstätten eine primär auf die NS-Geschichte orientierte Sonderform erkennt und Herbert Obenaus in einem "dialogischen Prinzip" als "Zusammenhang von wissenschaftlich-historischer Dokumentation und pädagogischer Vermittlung" den spezifischen Arbeitscharakter der Gedenkstätten als unausweichlicher "work in progress" von Museen und Universitäten abhebt, sieht Wulff Brebeck den notwendigen Schritt der Gedenkstätten zum Museum längst gegangen. Gedenkstätten seien "historische Museen neuen Typs", die sich nicht anders als klassische Museen professioneller Designer für ihre Ausstellungen oder der neuesten Technik für die mediale Vermittlung bedienen. Die häufig reklamierten authentischen Orte sind vielfach selbst weitgehend Rekonstruktionen, denn fast keiner dieser Orte trete heute so in Erscheinung, "wie er bis zum Ende der NS-Herrschaft ausgesehen hat". Dabei hat sich die postulierte Distanz zwischen Museen und Gedenkstätten längst durch eine erfolgreiche Übernahme mancher Arbeitstechniken aufgelöst. Viele kleinere und größere Museen arbeiten heute selbstverständlich mit Zeitzeugen zusammen und haben sich erfolgreich das Prinzip der work in progress zueigen gemacht.

So scheint es für die künftige Gedenkstättenarbeit sehr wohl einen gehbaren Mittelweg zu geben, der sich auf den historischen Kontext und eine historische Herangehensweise konzentriert, der einer verlockenden Emotionalität und Holocaust Education mit dokumentarischer Sachlichkeit begegnet. Der 100. GedenkstättenRundbrief ist somit beileibe keine Jubelnummer, sondern ein sehr nachdenklicher Band, der mögliche Fragestellungen für die nächsten Jahre Gedenkstättenarbeit aufzeigt.

Martin Schönfeld

Wer den GedenkstättenRundbrief bisher noch nicht kannte und Interesse an einem Abonnement hat wendet sich an die

Stiftung Topographie des Terrors
 Budapester Straße 40
 D-10787 Berlin
 Tel.: 030/2545090
 Tel.-Gedenkstättenreferat: 030/25450915
 e-mail: lutz@topographie.de

Die von der Stiftung Topographie des Terrors herausgegebene Sondernummer des GedenkstättenRundbriefes kostet 7,50 Euro und ist auch im Buchhandel erhältlich. Eine ISBN-Nummer stand zum Redaktionsschluss noch nicht fest.

„Rechtsanwältin auf Umwegen“ Zur Erinnerung an Erna Proskauer

An dieser Stelle möchte ich im Namen unseres Vereins an Frau Erna Proskauer erinnern, die seit vielen Jahren Mitglied bei uns war und am 18. Januar 2001 im Alter von 98 Jahren gestorben ist.

Vor etwas mehr als einem Jahr war ich von Frau Proskauer zu einem Kaffeepausch eingeladen worden. Das freute mich insbesondere deswegen, weil ich in den Jahren davor immer wieder interessante Details und humorvolle Anekdoten über sie gehört hatte. Gut gerüstet durch das nochmalige Lesen ihrer detailreichen Autobiographie*, stand ich dann vor ihr, erstaunt über den herzlichen Empfang und das, was sie bis dato über mich wusste (und über welche gemeinsamen Bekannten dies möglich war)! Ihre Vitalität und Eloquenz erleichterten unseren gemütlichen Plausch ungemein. Gerne kam ich ihrer Einschränkung nach, nicht mehr über für sie

schmerzhafte Teile ihrer Vergangenheit zu sprechen: „Sie können das alles nachlesen. In die Vergangenheit einzutauchen, ist eine schreckliche Sache. Deshalb habe ich

mein Buch nie mehr zusammenhängend gelesen.“** Andererseits zeigte sie eine große Bereitschaft und Offenheit, sehr private Dinge und Einschätzungen von sich mitzuteilen: mutig, differenziert, reflektiert. „Wir wollen doch nicht klagen, wir wollen nur erzählen.“ - klare Worte eines sensiblen Menschen. Ihr Bekenntnis, sich „physisch erschöpft und alt“ zu fühlen nach diesem vielschichtigen und ausgefüllten Leben, war nachvollziehbar und verwunderte dennoch. Strahlte sie doch viel Humor und Interesse an ihrem Gegenüber aus. Erfrischend war auch ihre intensive Beschäftigung mit der aktuellen Politik und dem alltäglichen Geschehen (nicht nur) in Berlin, gelassen kommentiert mit „Ich lebe sehr in der Gegenwart“.

Ich denke gern an diesen anregenden und bereichernden Nachmittag mit Frau Proskauer zurück und freue mich, diese Frau, die auch im Alter ihrem Leben mehrmals eine neue Richtung gegeben hat, persönlich kennen gelernt zu haben.

Frau Proskauer wurde 1903 als Erna Aronsohn in Bromberg (heute: in Polen) geboren. Ihre Familie zog nach dem Ersten Weltkrieg nach Berlin, wo sie erst in Wilmersdorf, später in Schöneberg wohnte. 1930 absolvierte sie ihr Assessorexamen, mit dem Ziel, Richterin zu werden und heiratete den ein Jahr älteren Juristen Max Proskauer. Bis zum 26. April 1933, als die junge jüdische Juristin „bis auf Weiteres“ vom Dienst suspendiert wurde, arbeitete sie u.a. als Anwärtlerin für den Justizdienst. Das war die übliche unbezahlte Beschäftigung bis zur Anstellung als Richterin. Auch ihrem Mann wurde als Jude die Berufsausübung untersagt, so dass sie sehr schnell nach Frankreich emigrierten. Da sie dort jedoch nicht Fuß fassen konnten, starteten sie einen zweiten erfolgreicherer Versuch in Palästina. Sie wollte nicht wie ihr Bruder nach Südafrika, damit sie ihre Eltern ab und an sehen konnte. Trotz ihrer beider hochqualifizierter Ausbildung



Erna Proskauer im Frühjahr 1988

hatten sie aufgrund der Sprachschwierigkeiten permanent Geldsorgen. Nach mehreren erfolglosen Versuchen, anderweitig Geld für den Lebensunterhalt zu verdienen, landete Erna Proskauer in einer Wäscherei. Mit dieser körperlich schweren Arbeit, die sie auch gesundheitlich sehr beeinträchtigt hat, konnte sie jedoch - anpassungsfähig wie sie war - 20 Jahre lang ihr tägliches Auskommen sichern. Auf Initiative ihres Mannes kehrten sie 1953 nach Berlin zurück - mit gemischten Gefühlen. Einer der Wermutstropfen war der Prozess, den sie wegen ihrer Einstellung als Richterin führen musste und letztendlich verloren hat. Noch 1999 betrachtete sie dies „als Behinderung als Frau und als Jüdin“. Ein weiterer Wermutstropfen war 1960 die Scheidung von ihrem Mann, die sie später als eine „unerbetene und unter Schmerzen geborene Freiheit“ bezeichnete. Ihr klarer Blick zeigte ihr jedoch auch die darin liegende Möglichkeit zu ihrer persönlichen und beruflichen Entfaltung. 1962 trat sie in eine Anwaltssozietät ein, 1968 nach dem Tod ihres früheren Mannes übernahm sie mit 65 Jahren dessen Kanzlei. Weitere 20 Jahre arbeitete sie nun als Rechtsanwältin und Notarin, bis sie zu ihrem 85. Geburtstag aus dem Berufsleben ausschied. Ihre anfängliche Konzentration auf das Entschädigungsrecht hatte es ihr ermöglicht, den Kreis ehemaliger Nazis, mit denen sie in Kontakt kam, klein zu halten und sich mehr mit integren Personen zu umgeben. Nach ihrem Rückzug aus dem Berufsleben suchte sie nach neuen Aufgaben und veröffentlichte ihre Lebensgeschichte. In den folgenden Jahren schlossen sich viele Interviews an; außerdem hielt sie vermehrt Reden und schrieb regelmäßig für das Anwaltsblatt („Frau Proskauer erzählt“). Nach wie vor hielt sie sich an das Motto von Eduard Spranger: „Man muss vergessen, um leben zu können, man darf nicht vergessen, um gelebt zu haben.“

Marion Neumann

* Erna Proskauer - Wege und Umwege. Erinnerungen einer Rechtsanwältin., Berlin 1989. ** Persönliches Gespräch am 17.11.1999

Die Geschäftsstelle des Vereins Aktives Museum sucht ein Exemplar der Autobiographie von Erna Proskauer. Wer ein solches erübrigen kann, meldet sich bitte in der Geschäftsstelle unter der Telefonnummer 030 / 281 51 98.



Erna Proskauer
zu Beginn ihrer Emigration in Frankreich

Zur Erinnerung an Walter Grab

Am 17. Dezember 2000 starb in Tel Aviv der Historiker Walter Grab. Zur Erinnerung an Walter Grab drucken wir nachfolgend einen kurzen Text ab, der gleichzeitig einen angemessenen Beitrag zum diesjährigen Preußen-Jahr darstellt.

Der echte und der falsche Affe Moses Mendelssohns

Im Jahre 1978 beschloß der Westberliner Senat, im Martin-Gropius-Bau eine Ausstellung "Preußen. Eine Bilanz" zu veranstalten. Man ernannte einen aus zwanzig Historikern bestehenden Wissenschaftlichen Beirat, dessen Aufgabe es war, die Konzeption der Ausstellung festzulegen und ihre Exponate zu begutachten. Diesem Beirat gehörten dreizehn Historiker aus der Bundesrepublik Deutschland, je zwei Historiker aus Frankreich, England und den Vereinigten Staaten und ich als Vertreter Israels, bzw. des jüdischen Volkes, an. Die Beiratsmitglieder hielten in den Jahren 1978 bis 1981 fünfmal ihre Sitzungen in einem der Säle des Reichstagsgebäudes ab.

Bei der im Juni 1979 stattfindenden Sitzung debattierte der Beirat über die Frage, welche Exponate aus der Epoche der Aufklärung ausgestellt werden sollten. Die meisten Beiratsmitglieder waren der Meinung, daß man Friedrich II. in den Mittelpunkt stellen müsse, weil er ein "Philosoph auf dem Königsthron" gewesen sei, und daß folgende Gegenstände die Aufklärung in Preußen am besten repräsentierten: einige Bildnisse und Büsten des Herrschers, seine Handschuhe, Uniform, sein Dreispitz, seine gespornten Reitstiefel, zwei seiner Pistolen, einige seiner Tabaks- und Schnupftabaksdosen, eine Regimentsfahne, seine Querflöte, sein Taktstock sowie ein eigenhändig geschriebenes Notenblatt. Da meiner Auffassung nach diese kostbaren Reliquien vor allem von nostalgischer Sehnsucht nach verlorener preußischer Größe und Macht Zeugnis ablegten, aber nichts mit Aufklärung zu tun hatten, meldete ich mich zu Wort. Ich sagte, daß ich ein wichtiges Exponat vermisste: nämlich den Brief, den der bedeutendste deutsche Aufklärer, Gotthold Ephraim Lessing, am 25. August 1769 an seinen Freund Friedrich Nicolai schrieb. Dort heißt es:

"Sagen Sie mir von Ihrer Berlinischen Freiheit zu denken und zu schreiben ja nichts ... Lassen Sie einen in Berlin auftreten, der für die Rechte der Untertanen, der gegen Aussaugung und Despotismus seine Stimme erheben wollte, wie es itzt sogar in Frankreich und Dänemark geschieht: und Sie werden bald die Erfahrung haben, welches Land bis auf den heutigen Tag das sklavischste Land von Europa ist." (Vgl. Paul Rilla, Lessing und sein Zeitalter, Berlin 1959, S. 139)

Meine Bemerkung empörte die meisten anwesenden deutschen Historiker, weil sie sie als blasphemische Beleidigung des Hohenzollernfürsten empfanden. Sie konnten zwar nicht bestreiten, daß Lessing der größte deutsche Aufklärer gewesen sei und daß ich seine Verdammung Preußens korrekt wiedergegeben hatte; sie fanden jedoch Ausflüchte, um dem Publikum seinen Brief vorzuenthalten. Man könnte Lessings Schreiben nicht ausstellen – antwortete man mir –, weil sich das Original in der DDR befinde, die die Westberliner Ausstellung boykottierte. Als ich daraufhin vorschlug, eine originalgetreue Kopie anfertigen zu lassen, lehnte man dies ab, weil Kopien "Flachware" und daher nicht ausstellungswürdig seien; ich erfuhr, daß sich nur dreidimensionale Originalobjekte zu Exponaten eigneten. Überdies gab man mir zu verstehen, daß man mich nicht in den Beirat aufgenommen habe, um Kritik an Friedrich dem Großen zu üben, sondern um jüdische Belange zu vertreten.

Diese Bemerkung brachte mich auf eine Idee. Ich schlug vor, einen der Porzellanaffen Moses Mendelssohns auszustellen, denn dabei handele es sich zweifellos um keine "Flachware", sondern um einen dreidimensionalen Gegenstand, der mit Juden zu tun habe und daher in meinen Aufgabenbereich falle. Außerdem könne die Ausstellung eines Mendelssohnschen Affen das wahre Wesen der "Aufklärung" zur Zeit Friedrich II. gut beleuchten, weil damit die Diskriminierung der Juden und die Beleidigung ihrer Menschenwürde deutlich zum Ausdruck komme. Da keiner der anwesenden Gelehrten die Affäre der Porzellanaffen Moses Mendelssohns kannte, erklärte ich ihnen unter Hinweis auf die mir bekannten Darstellungen, worum es sich handle.

In Sebastian Hensels nach Tagebüchern und Briefen geschriebener Darstellung *Die Familie Mendelssohn 1729-1847* (10. Auflage, Berlin 1900) heißt es schon auf der ersten Seite:

"In der Mitte des 18. Jahrhunderts befanden sich die Juden in Deutschland in der gedrücktsten Lage [...] Überall belastete man sie außer den allgemeinen Staatssteuern noch mit den verschiedenartigsten Abgaben, teilweise ausgesucht beleidigender Art [...] Unter Friedrich dem Großen mußte jeder Jude bei seiner Verheiratung für eine bestimmte Summe Porzellan aus der neugegründeten K(öniglichen) Porzellanmanufaktur in Berlin entnehmen, und zwar nicht nach eigener Wahl, sondern nach dem Belieben der Manufaktur, die sich auf diese Weise natürlich ihre Ladenhüter vom Halse schaffte. So bekam Moses Mendelssohn, der damals schon allgemein bekannte und geachtete Mann, 20 lebensgroße, massiv porzellanene Affen, von denen sich noch einige in der Familie erhalten haben."

Ich berief mich auch auf die Memoiren der deutsch-jüdischen Schriftstellerin Fanny Lewald (1811-1889). Sie war mit der Enkelin Moses Mendelssohns, Rebekka, befreundet, die mit dem Mathematiker Dirichlet verheiratet war. Fanny Lewald berichtete:

"Bald nachdem ich Frau Dirichlet hatte kennen lernen, fiel es mir eines Tages auf, daß in dem Eßzimmer ihrer geschmackvollen Wohnung auf einem großen Schranke eine Reihe äußerst häßlicher Affen aus Porzellan aufgestellt waren, welche bei der ganzen Einrichtung der Zimmer doppelt als eine Abgeschmacktheit erschienen. Ich konnte mich daher der Frage nicht enthalten, was sie bewogen habe, diese garstigen Figuren als Zierat zu benutzen. "O!" entgegnete sie, "Zierat ist das nicht, es sind Erbstücke und historische Dokumente. Zu der Zeit, in welcher mein Großvater Moses Mendelssohn sich hier in Berlin niederließ, mußte jeder Jude, der sich verheiratete, je nach seinen Vermögensverhältnissen eine bestimmte Menge Porzellan aus der königlichen Porzellanfabrik entnehmen, welche Friedrich der Große auf jede Weise zu heben wünschte. Aber nicht genug, daß dies schon an und für sich unter Verhältnissen eine harte Zumutung sein konnte, hatten die Juden auch nicht einmal das Recht der Wahl bei den Käufen, sondern mußten nehmen, was ihnen von der Direktion der Fabrik überwiesen wurde. Auf diese Art erhielten denn die Großeltern eine ganze Menagerie von Affen, welche ihre Kinder später zum Andenken teilten, und die wir nun von unseren Eltern überkommen haben und als Erinnerungszeichen an die alte gute Zeit bewahren." (Fanny Lewald, *Meine Lebensgeschichte*, I. Teil, Berlin 1862, S. 205 f.)

Ich versuchte also, den Freund Lessings, Moses Mendelssohn, zum Kronzeugen für Friedrichs II. Verachtung jüdischer Menschen zu machen. Die geehrten und gelehrten Kollegen lehnten meinen Vorschlag, einen der Affen Mendelssohns auszustellen, jedoch ab; sie meinten, daß zu Lewalds und Hensels Zeiten diese Porzellanfiguren noch existiert haben mochten, daß aber heutzutage keiner mehr vorhanden sei. Als ich vorschlug, bei den Erben des Bankhauses Mendelssohn nachzuforschen, ob man dort über den Verbleib der Affen etwas wisse, erhielt ich die Antwort, daß dies sinnlos sei, da die Bank von den Nationalsozialisten "arisiert" worden sei und niemand die Reliquien des alten Moses aufgehoben habe. – Damit hatte man meinen zweiten Versuch abgewehrt, die Legende vom Aufklärer und Menschenfreund Friedrich II. zu zerstören.

Etwa drei Monate später befand ich mich in Hamburg und erhielt vom Leiter der dortigen Katholischen Akademie, Dr. Günter Gorscheneck, eine Einladung zu einem Symposium über Moses

Mendelssohn, das die Akademie anlässlich des 250. Geburtstages des jüdischen Philosophen am 6. September 1979 veranstaltete. Ich sagte zu.

Als ich den Vorraum der Akademie betrat, wo man eine kleine Mendelssohn-Gedächtnis-Ausstellung errichtet hatte, fiel mein Blick auf einen häßlichen lebensgroßen Porzellanaffen. Ich stürzte auf Dr. Gorschenek zu und fragte ihn, wie er sich den Affen Mendelssohns verschafft habe. "Er stammt aus dem Museum für Kunst und Gewerbe in Hamburg", sagte er, "der Direktor dieses Museums, Dr. Jürgen Bracker, ist anwesend und hat ihn uns geliehen." Als ich Bracker die Affenaffäre erzählte, erklärte er sich damit einverstanden, der Preußen-Ausstellung in Berlin die Porzellanfigur leihweise zu überlassen, falls man sie anfordere, versichere und die Rückgabe garantiere. Am nächsten Tag teilte ich den Organisatoren der Ausstellung in Berlin mit, daß ich einen der Porzellanaffen Mendelssohns ausfindig gemacht hätte und man nunmehr das Nötige veranlassen sollte, um ihn als Exponat zu zeigen. Aber meine Siegesgewißheit war verfrüht. Als ich im Dezember zur nächsten Sitzung des wissenschaftlichen Beirats nach Berlin kam, fragte ich den Vorsitzenden, ob man den Affen aus dem Hamburger Museum ausgeliehen habe. "Aber lieber Herr Grab!" erwiderte er, "Sie können doch nicht im Ernst erwarten, daß wir dieses abscheuliche und verpatzte Ausschußprodukt der Berliner Porzellanmanufaktur in unserer Ausstellung zeigen!" – "Wieso?" rief ich. "Diese scheußliche Affenfratze ist doch ein großartiges Symbol, ja geradezu eine Personifikation der Erniedrigung und Demütigung der Juden in der Epoche Friedrichs des Großen!" – "Nein", meinte mein Gesprächspartner, "damit werden wir unsere schöne Ausstellung nicht verschandeln. Aber wir haben einen Ausweg gefunden, der Sie sicher zufriedenstellen wird. Wir haben im Hohenzollernmuseum des Johanniterordens einen wunderschönen Affen gefunden, der von der sächsischen Porzellanmanufaktur in Meißen im 18. Jahrhundert hergestellt wurde. Dieses Kunstwerk, das eine Affenmutter mit ihrem Jungen zeigt, werden wir ausstellen und in den Erläuterungen darauf hinweisen, daß Moses Mendelssohn 1762 bei seiner Eheschließung 20 Porzellanaffen erwerben mußte." (Eine Abbildung des Meißener Affen – der mit Mendelssohn nichts zu tun hat – und die Erläuterung der Porzellan-Statuette findet sich in dem von Gottfried Korff herausgegebenen Ausstellungsführer zu Preußen. Versuch einer Bilanz, Reinbek bei Hamburg 1981, Bd. I, S. 237.)

Mit diesem Trick hatte man mir endgültig den Mund gestopft. Vergeblich hatte ich versucht, Friedrichs II. "schimpfliche Unterdrückung der Juden" – um Lessing zu zitieren – sichtbar zu machen. Ich mußte erkennen, daß ich im Wissenschaftliche Beirat lediglich als jüdisches Feigenblatt fungierte, daß man mir jedoch nicht gestattete, die Interessen der Juden wirklich zu vertreten: Die Ausstellung des häßlichen Affen Moses Mendelssohn hätte – bei richtiger Erläuterung der Porzellanfigur – als prägnantes Sinnbild der Diffamierung und Verachtung der Juden im Zeitalter der Aufklärung dienen können.

Aus: Jüdischer Almanach 1994 des Leo Baeck Instituts, herausgegeben von Jakob Hessing, S. 49-54, hier auch auf S. 52 eine Abbildung des Porzellanaffen von Moses Mendelssohn.

Walter Grab (1919-2000), ging 1938 als 19 jähriger Student ins Exil nach Palästina, wo er jahrelang als Taschenkaufmann lebte. 1958 begann er das Geschichtsstudium. Seit 1971 Leiter des Instituts für Deutsche Geschichte an der Universität Tel Aviv.

Einladung zum Mitgliedergespräch:

am Mittwoch, den 27. Juni 2001 um 18 Uhr.

Treffpunkt: S-Bahnhof Schöneweide in der Schalterhalle

Besichtigung des Geländes des früheren Zwangsarbeiterlagers in Niederschöneweide und anschließendes Mitgliedergespräch

Zwölf Baracken zwischen der Britzer und Köllnischer Straße dienten während des 2. Weltkrieges als Zwangsarbeiterlager, in dem 2000 Zwangsarbeiter untergebracht waren. Sie stammten aus Italien, Frankreich, den Niederlanden, der Ukraine und Polen. Es ist das einzige Lager dieser Art, das in Berlin vollständig erhalten ist.

Zur künftigen Nutzung des früheren Zwangsarbeiterlagers bereiten der Bund der Antifaschisten Treptow und die Geschichtswerkstatt Berlin ein Konzept vor.

Geplant ist eine Besichtigung des Geländes und ein Gespräch über die Perspektiven der Schaffung einer Gedenk- und Dokumentationsstätte an diesem Ort.

Einladung zum Gesprächsabend:

Ernst Thälmann – Mensch und Mythos

Am Donnerstag, den 28. Juni 2001, 19 Uhr.

Ort: Gedenkstätte Deutscher Widerstand

Stauffenbergstraße 13-14, 10785 Berlin

Gesprächsteilnehmer: Annette Leo, Regina Scheer und Martin Schönfeld

Im Rahmen dieses Abends wird das gleichnamige Buch *Ernst Thälmann – Mensch und Mythos* vorgestellt. Dieser Band versammelt Beiträge verschiedener Autorinnen und Autoren über das Leben und die historische Rolle von Ernst Thälmann (1886-1944). Von 1925 bis zu seiner Verhaftung durch die Nazis 1933 war Thälmann Vorsitzender der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD). Bereits zu Lebzeiten war Thälmann eine bedeutende Figur in einer schweren Zeit der deutschen Geschichte. Seine Inhaftierung ließ ihn zu einem internationalen antifaschistischen Symbol werden. Mit seiner Ermordung im August 1944 wurde er schließlich in den Bereich der politischen Mythen überstellt. In der DDR wurde Thälmann zu einem unangreifbaren Märtyrer stilisiert.

Die drei Autoren stellen verschiedene Aspekte zum Leben, zum politischen Wirken und schließlich zur ideologischen Instrumentalisierung der Person Ernst Thälmanns vor.

Das Buch 'Ernst Thälmann – Mensch und Mythos' ist in den Editions Rodopi B.V. in Amsterdam erschienen (Tijnmuiden 7, 1046 AK Amsterdam, Tel. 31 (0) 20 611 48 21, <http://www.rodopi.nl>, e-mail: orders-queries@rodopi.nl), und kostet gebunden 100 Gulden oder 43\$ (ISBN: 90-420-1323-0) und als Paperback 40 Gulden oder 17\$ (ISBN: 90-420-1313-3).

Ein Bezug des Bandes wird auch bald über die Geschäftsstelle des Vereins Aktives Museum möglich sein.

Einladung zur Vortrags- und Diskussionsveranstaltung

Task Force und Zukunftsfonds

Neue Rahmenbedingungen für Erinnerungsarbeit in Deutschland

Referent: **Thomas Lutz** (Stiftung *Topographie des Terrors*)

Am Montag, den 14. Mai 2001 um 19 Uhr

im Kulturhaus Mitte (Hofgebäude), Auguststraße 21, 10117 Berlin

S-Bahn Oranienburger Straße, U-Bahn Oranienburger Tor

Die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für die Arbeit von Gedenkstätten in Deutschland haben sich in den letzten Jahren stark verändert. Die zunehmend breite Anerkennung der Gedenkstättenarbeit fand in den Veranstaltungen zum 50. Jahrestag der Befreiung vom Nationalsozialismus 1995 oder in dem Gedenkstättenkonzept des Bundes ihren Niederschlag.

In dieser Phase der veränderten Erinnerungskultur entstehen neue Formen von Organisationen, wie die "Task Force for International Cooperation on Holocaust Education, Remembrance and Research", die im politischen Raum große Aufmerksamkeit genießt. Auch die neue Stiftung "Erinnerung und Zukunft", im Rahmen der Zwangsarbeiter-Entschädigungsstiftung in Gründung, wird aufgrund ihres großen Volumens eine neue Säule der Erinnerungskultur bilden.

Der Vortrag von Thomas Lutz befasst sich mit der Frage, in welcher Weise die internationale Debatte und die neue Stiftung "Erinnerung und Zukunft" die künftige Arbeit von Gedenkstätten und Initiativen beeinflussen wird.

Thomas Lutz ist Leiter des Gedenkstättenreferates der Stiftung *Topographie des Terrors*, Vorsitzender des Beirats der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten und Mitglied des wissenschaftlichen Beirats für Gedenkstätten des Landes Niedersachsen.